DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 113. Samstag, 26. November 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

WO IST DIE »VIERTE GEWALT«, DIE FREIE PRESSE? HIER! Dies ist die 113 . Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

WOLLT IHR DEN TOTALEN KRIEG?

WIR NICHT!

Zweieinhalb Jahre sind es mittlerweile schon. Regierungen und Konzerne belügen uns in nie geahntem Ausmaß. Sie rufen den Ausnahmezustand aus, machen unsere Verfassung zur Luftnummer, sperren uns ein, ziehen uns erniedrigende Uniformen über, schaffen sich einen abhängigen Volkskörper, rammen uns Spritzen in den Körper.

Der »Krieg gegen die Bevölkerung«, wie ihn der Psychologieprofessor Klaus-Jürgen Bruder in seinem bahnbrechenden Text im Buch »Corona — Inszenierung einer Krise« beschreibt, ist Teil einer langen Reihe von Kriegen, und diese Reihe wird nun mit dem Krieg in der Ukraine und dem Wirtschaftskrieg in diesem Landstrich fortgesetzt.

Mit der Inflationsrate und mit der Verarmung riesiger Bevölkerungsteile steigt die Zahl der Getöteten: 19 Prozent, rund 15.000 Menschen, mehr starben im Oktober 2022, wenn man die Jahre vergleicht. Allein in Deutschland, allein nach offiziellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Diese Übersterblichkeit besteht seit Beginn der »Impf«-Kampagne (siehe Seiten 3, 4) und sie eskaliert.

Doch weltweit gehen die Menschen auf die Straße. In Prag, in China, in Kanada, in Frankreich, und erst recht in Deutschland (Seiten 6 und 7). Und das seit dem 28. März 2020. Dies ist der Demokratische Widerstand. Es ist die größte Erhebung der Geschichte. Und diese steht hier von Beginn an für: 1. Das sofortige Ende der Maßnahmen auch in Deutschland. 2. Die Wiedereinhaltung des Grundgesetztes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechts. 3. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs und imperatives Mandat. 4. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten und 5. Eine Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes. Denn: Etwas Besseres als Krieg finden wir überall — und zwar gemeinsam, demokratisch, zivilisiert, JETZT und HIER.

Fortsetzung auf Seite 10

GEBURT EINES HELDEN!

Er versammelte Millionen Demokraten in Berlin und brachte das überwachungsfreie »Freedom Phone«. Seit Juni 2022 hält das BRD-Terrorregime Michael Ballweg ohne Anklage in Stammheim fest. Mit jedem Tag wächst sein Mythos – und die Demokratiebewegung ist überall, montags und jeden Tag!

Seite 6

16 **TSCHÜSS, PROPAGANDA!** *Diese Wochenzeitung gibts im* **ABO!**

4 **AUSGLEICH DURCH RECHT** Anwälte Pankalla und Sattelmaier verteidigen und klagen an.

12 **SPORTSGEIST** DW-Interview mit Ex-Profifußballer Tobias Levels

Wir

INHALT #DW113

- Wollt ihr den totalen Krieg?, Seiten 1 und 10
- Rolf Kron, Preisträger der Republik, Seite 2
- Dr. Werner Köhne: Das Spiel ist aus, Seite 2
- Ex-Pfizerchef Mike Yeadon zum G20-Bekenntnis, Seite 3
- Ende des Spritzenzwangs und Arzt-Vermittlung, Seite 3
- Pankalla klagt an: Klima-Kleber vor Gericht, Seite 4
- Ein Arzt sucht das Glück, Seite 4
- Nadine Strotmann über Doppelbinden und Doppelmoral, Seite 4
- Volksabstimmungen zu allen grundlegenden Fragen, Seite 4
- Rechtsanwalt Sattelmaier und die Polizeigewalt, Seite 4
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Polizisten für Aufklärung, Seite 6
- Wir sind überall! Demokratiebewegung kämpft sich frei, Seite 7
- Interview mit echtem Demokraten, Seite 8
- Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- Prof. Christian Kreiß über Sinn der Zerschlagung, Seite 9
- Feiste Verbrecher auf der Insel, der Bali-Gipfel, Seite 11
- Feistels Voraussage nach der US-Wahl, Seite 11
- Fußballprofi Tobias Levels im großen DW-Interview von Klaus Müller, Seiten 12 und 13
- DW-Verteiler werden, Seite 13
- Der 10-Punkte-Plan, das Original, Seite 14
- Der klammheimliche Rückzug der Corona-Päpste, Seiten 14 und 15
- Online-Hinweise und Spenden, Seite 14
- DW-Buchempfehlungsliste, Seite 15
- Mit Kempes und Matthäus, Sport mit Berthold, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 113. Ausgabe ab Samstag, 26. November 2022. | Redaktionsschluss war am 17. November. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. med Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Sattelmaier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp mit Professor Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE68 1001 0123 2493 3614 28. **BIC/SWIFT**: QNTODEB2XXX.



Gewissen und Rückgrat

Der Preis der Republik geht an Rolf Kron
LAUDATIO von Dr. Walter Weber

Am 13. Januar 2021 dringen morgens um 6 Uhr zwei Dutzend Polizisten überfallartig in Haus und Praxis des Arztes Rolf Kron aus Kaufering ein. Bestand Terrorgefahr? Eine neue RAF?

Nein, Rolf Kron hatte gewissentlich als Arzt gehandelt und Patienten mit Beschwerden Atteste zur Befreiung von der Maskenpflicht ausgestellt. Genauso wie es das Gesetz als Ausnahme vorsah. Die Folge: Ein Raubzug-ähnlicher Überfall auf Haus und Praxis. Der Staat hatte einen neuen Schwerverbrechertyp erkannt: Der bis dato unbescholtene Arzt Rolf Kron wurde sämtliches Praxisequipment und die Patientendatei entwendet und bis heute nicht zurückgegeben. Sein Geld wurde beschlagnahmt und sämtliche Konten gesperrt. Für ihn bedeutete das: Mit einem Schlag war er mittellos und zusammen mit seiner Familie für ein Jahr auf Spenden seiner Kollegen und Mitmenschen angewiesen. Eine völlig unverhältnismäßige Maßnahme des bayerischen Staates!

Rolf Kron ist verheiratet mit der österreichischen Musikerin Margarete, Vater eines rund zehnjährigen Sohnes und praktizierender Arzt und Homöopath im bayerischen Kaufering. Er hat Organisationstalent und gründete die »Ärzte stehen auf« und den »Weißen Kranich«, eine Spendeninitiative für notleidende Mediziner. Dieser ist wahrlich notwendig, denn weit über 100 Ärzte, die »Schwerverbrecher neuen Typs«, wurden von der Staatsmacht »heimgesucht« und dabei zum Teil ihres Praxisequipments und damit ihrer Existenz beraubt.

Einige Ärzte sind inzwischen ins Ausland geflohen, wie Dr. Bodo Schiffmann und Dr. Carola Javid-Kistel. Ihr »Vergehen«: Das Ausstellen von Maskenbefreiungsattesten bei Menschen mit erheblichen psychischen oder physischen Beschwerden. Durch die neugeschaffenen Bezeichnungen »Gefälligkeitsatteste« und »unrichtige Gesundheitszeugnisse« werden die Ärzte kriminalisiert und vor Gericht gezerrt. Ebenso die Patienten, die diese völlig korrekten Atteste verwenden. Wir sind in Absurdistan. Doch Rolf Kron lässt sich nicht unterkriegen und steht weiter für seine Patienten, den Nürnberger Kodex und die Menschenrechte in Deutschland ein. Dafür gebührt ihm Hochachtung, Dank und der Preis der Republik.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN DR. MED ROLF KRON. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl.

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Unter der Planierraupe

EINWURF *von Werner Köhne*

»Lola« ist ein Lied von den Kinks, das mir in den Sinn kommt, wenn die Genderdebatte mal wieder Fahrt aufnimmt und zu hirnrissigen Definitionsschlachten verleitet.

Der Song aus dem Jahre 1970 erzählt von einem jungen Mann, der auf eine attraktive virile Frau mit rauchiger Stimme trifft, die einen Hang zum Sex mit zarten Männern hegt. Der Mann fühlt sich als Sexobjekt etwas unwohl, aber auch fasziniert von der Femme fatale. In emotionale Turbulenzen gestürzt, sucht er – so würde man heute sagen – nach seiner Gender-Identität.

Die Kinks betten das Thema indes in eine augenzwinkernde britische Ironie. Da heißt es etwa: »Boys will be girls and girls will be boys«. Also: Jungs werden Mädchen sein und Mädchen Jungs. Das war damals in den 70ern noch mehr als ein Lifstyle-Attribut. Jugend ist ja immer ein Spiel um Selbstfindungen, auch wenn es um die Frage geht: Was macht mein Wesen aus zwischen Hirn und Unterleib?

Selbst die Mythen der Antike sind voll von Wesen, die als Hermaphroditen zwischen den Gendervariationen changieren. Über vielen Geschichten weht denn auch der Hauch eines erotisch erregenden »Dazwischenseins«. Dieses Zwittrige ruft Sehnsüchte wach jenseits der starren Grenzen von Patriarchat und Sprachtabus.

Völlig anders hingegen zeigt sich die Lage heute, in der angesichts feixender Genderfanatiker etwa das Spielerische der Mann-Frau Differenz einem unerbittlichen Verhaltenskodex weichen muss. Man will dabei der biologisch vorgegebenen Genderdifferenz den Garaus machen, um sie durch ein Konzept der freien Wahl zu ersetzen. Der Pferdefuß dabei: Das Konzept bleibt Konzept – und verführt zur Überwachung derer, die sich nicht dran halten.

Was steckt nur hinter dieser Gier, die Lust am Leben, die sich aus dem Unterschied speist, im Dienste einer blutleeren Freiheit so abzuflachen, dass wir irgendwann als indifferente Figuren zurückbleiben?

Und was steckt hinter der Besessenheit, die Sprache und letztlich damit auch die Kultur so gräßlich zu veröden? Man könnte ja die Kinks fragen, was sie von dieser aktuellen Identitätswut halten.

IMMER WIEDER

MIKE YEADON WARNT VOR G20-ERKLÄRUNG: »DIGITALEN AUSWEIS UND BARGELDLOSE DIGITALE ZENTRALBANKWÄHRUNGEN VERHINDERN«

Der Gipfel der Group of Twenty (G20), der 19 führenden Industrie- und Schwellenländer und der EU, fand im November in Indonesien statt. Am Ende der zweitägigen Konferenz wurde eine Abschlusserklärung herausgegeben. Dr. Michael Yeadon, der frühere Vizepräsident bei Pfizer im Bereich Respiratory Research, gab dazu den folgenden KOMMENTAR ***ab:***



Junger Mensch fordert Mediziner mit Hirn und Herz auf der Demo in Düsseldorf am 13. November 2022. Foto: Georgi Belickin

Auf dem G20-Gipfel wurde eine Erklärung herausgegeben, in der es sinngemäß heißt: Bei der nächsten Pandemie werden wir den Impfpass vorschreiben, um reisen zu können. Keine Impfung, keine (internationalen) Reisen. Wir können uns sicher sein, dass dies auch zu einer Art Hausarrest für Ungeimpfte oder ähnlichem führen wird. In einigen Ländern haben sie das bereits ausprobierrt, und wir wissen, dass nicht sehr viele Menschen dagegen protestieren.

Gemeinsam mit anderen weise ich seit langem darauf hin, dass es nur eine Möglichkeit gibt, abzuwenden, dass die Täter ihren teuflischen Plan, die Menschheit zu versklaven, durchbringen: Wir müssen einen verpflichtenden digitalen Ausweis und die bargeldlose digitale Zentralbankwährungen verhindern.

Die Pandemie-Lüge verbunden mit der Lüge, dass es notwendig sei, Mittel zu spritzen, die keine Impfstoffe sind, stehen im Mittelpunkt dieses Plans – ohne diese Lügen kann er nicht gelingen. Wir müssen uns dessen bewusst sein und stets ein oder zwei Argumente parat haben, um andere zum Nachdenken zu bringen, damit auch sie erkennen, dass das alles nicht notwendig ist – in Wirklichkeit ist es absolut bösartig.

1. Überstürzt eingesetzte genbasierte »Impfstoffe« sind auf Populationsebene von Natur aus sehr gefährlich, ganz unabhängig von individuellen Erfahrungen: Dass Ihr Nachbar fünfmal geimpft wurde, ohne Nebenwirkungen zu bemerken, bedeutet nicht, dass diese Impfstoffe sicher sind. Mein wichtigster Punkt ist: Diese Impfungen sind an sich schädlich, und das ist unvermeidbar. Der Hauptgrund dafür ist, dass, selbst wenn all das durchgeführt worden wäre, was behauptet wurde (was aus verschiedenen technischen Gründen gar nicht möglich ist), es enorme individuelle Unterschiede gibt, wie Menschen auf solche »Impfstoffe« reagieren.

2. Es ist lächerlich, zu behaupten, dass jeder geimpft werden müsse. Selbst unter der Annahme, dass diese Behauptung stimme – was nicht der Fall ist –, würde man die Impfungen nur der offensichtlich gefährdeten Bevölkerung, also den Risikogruppen, anbieten. Alle anderen brauchen sie nicht und würden selbst von einem wirklich sicheren und wirksamen Produkt nicht profitieren. Ironischerweise wären auch ältere Menschen dadurch nicht geschützt, weil ihr Immunsystem auf diese neuen Antigene nicht anspricht.

3. Es gibt KEINE globalen Pandemien, ausgelöst durch Krankheitserreger der Atemwege, die sehr besorgniserregend sind und eine hohe Morbidität oder Mortalität aufweisen. Man lügt Sie an, auch was den theoretischen Hintergrund betrifft. Bei Infektionen mit hoher Letalität – also mit einer großen Wahrscheinlichkeit daran zu sterben – werden die Menschen schnell krank, was dazu führt, dass diese sich unwillkürlich von menschlichen Interaktionen zurückziehen und somit nichts mehr passieren kann. Denken Sie daran, dass SARS (2003) und MERS (2012) selbstlimitierend waren und zu institutionalisierten Krankheiten wurden. Sie haben sich in der Öffentlichkeit nicht gut verbreitet. Selbst die Spanische Grippe war nicht so schlimm, mit angeblich 50 Millionen Toten. Es gibt jede Menge Beweise dafür, dass »Influenza« in den internationalen Gesundheitsvorschriften, die Anfang der 1920er aktualisiert wurden, gar nicht vorkam – nur wenige Jahre nach der angeblich schlimmsten globalen Pandemie seit dem Mittelalter.

4. Sie sollen die Lügen akzeptieren, weil das die entscheidende Voraussetzung für die Einführung der totalitären Kontrollmechanismen darstellt.

Diesen Text veröffentlichte Dr. Mike Yeadon zuerst in seinem Telegram-Kanal. Übersetzt aus dem Englischen von Sophia-Maria Antonulas.

MELDUNG

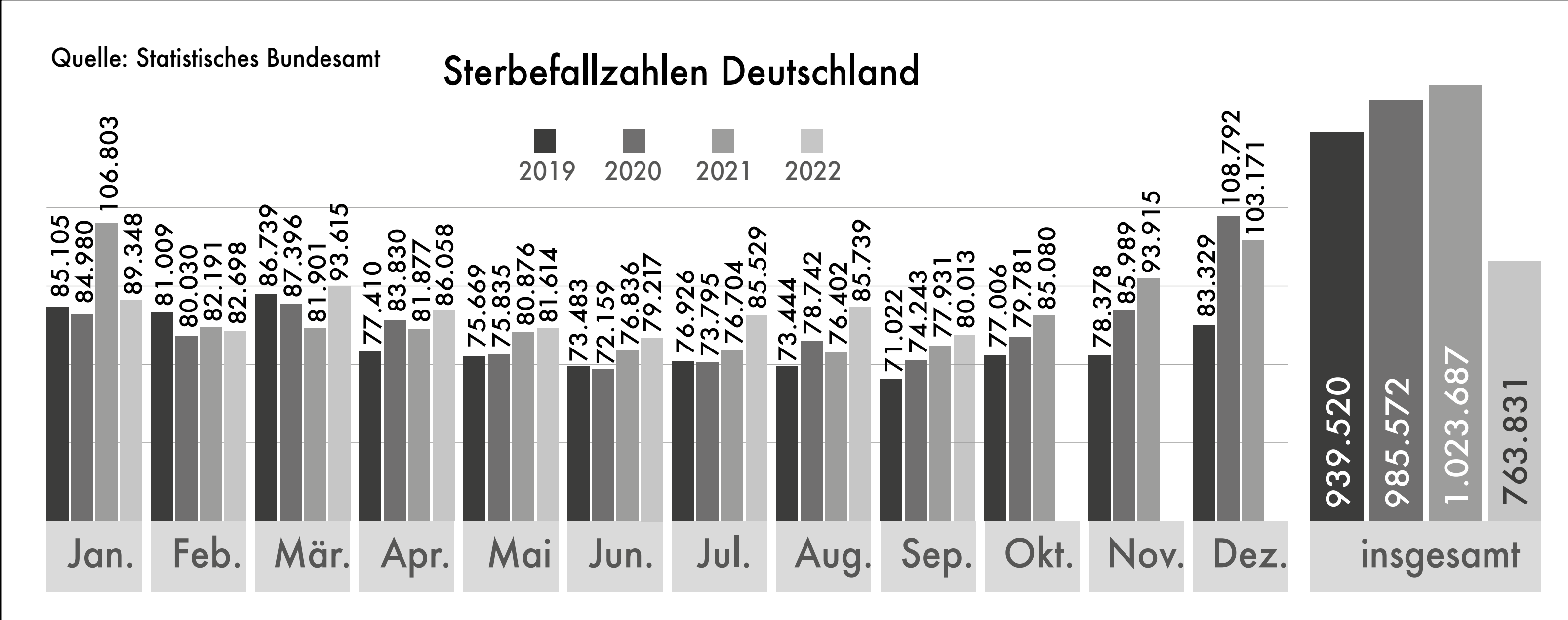
ENDE DES IMPFZWANGS IM GESUNDHEITSWESEN

Berlin/DW. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) will die sogenannte einrichtungsbezogene Impfpflicht im Gesundheitswesen nicht verlängern. Diese läuft somit zum Ende diesen Jahres aus. Lauterbach begründet dies mit der »Höllenhundvariante« BQ1.1 des Coronavirus. Da die Impfung nicht gegen eine Übertragung dieser Variante schütze, falle die Notwendigkeit einer Impfpflicht weg, so ein Sprecher des Ministeriums am Dienstag. Dass die Impfung laut Studien noch nie gegen eine Übertragung des Virus geschützt hat, klammerte das Ministerium aus. Ob von den Pharmafirmen ein neues »angepasstes« Mittel verkauft werden soll, ist noch nicht bekannt. (hes)

VERMITTLUNGSZENTRALE FÜR IMPFGESCHÄDIGTE GEGRÜNDET

Berlin/DW. Der Verein »Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie« um die Ärzte und Preisträger der Republik Prof. Sucharit Bhakdi und Dr. Ronald Weikl startete am 21. November 2022 eine Vermittlungszentrale für Impfgeschädigte an Ärzte und Therapeuten. Dies ist notwendig, da Menschen, die Schaden durch die sogenannte Impfung erhalten haben, oftmals keine medizinische oder psychologische Hilfe finden. Rund 250 Ärzte und Therapeuten stehen dem Netzwerk nach eigenen Angaben zur Verfügung, wobei vor allem für den norddeutschen Raum noch weitere gesucht werden.

Die Vermittlungszentrale ist unter der Telefonnummer *+49 841 2042 5683* zu erreichen. Montag bis Donnerstag von 9 bis 11 und von 17 bis 19 Uhr sowie Freitag von 9 bis 11 Uhr. Ziel der Vermittlungszentrale ist nach Angaben der Ärzte auch, einen fachlichen medizinischen Austausch zu ermöglichen und Standard-Heilmethoden für die Erkrankungen durch die Impfung zu entwickeln. (hes)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

VERSCHLEIERUNG DRASTISCH STEIGENDER STERBERATE

Berlin/DW. Laut Meldung des Statistischen Bundesamtes vom 15. November 2022 lag die Sterberate im Oktober 2022 um 19 Prozent höher als im Durchschnitt des Monats Oktober in den Vorjahren seit 2018 (#DW112 berichtete). Das bedeutet einen weiteren, diesmal extrem außergewöhnlichen, Anstieg der Anzahl der gestorbenen Menschen um 14.560 auf 92.954 im Oktober in der BRD. Der TV-Propagandasender MDR schiebt die Regierungsverantwortung bereits am 6. November 2022 ab, als die in die Höhe schnellenden Todeszahlen in der BRD ruchbar wurden. »Hitzewelle«, »pandemiebedingte Aufschübe der Arztbesuche« und »Behandlungsausfälle aufgrund von Personalmangel« seien lau Hanna Lohof aus der Redaktion MDR-Aktuell die Ursachen.

Der BR-Redakteur Leander Beil räumt am 21. November immerhin ein: »Bereits die Sterberaten der Sommermonate Juni, Juli und August (2022) sind erhöht: Hier ergaben sich Werte von neun Prozent, zwölf Prozent und elf Prozent über den jeweiligen mittleren Werten von 2018 bis 2021«. In den Raum gestellt werden von Beil »überlastete Krankenhäuser« als Ursache.

Eine »abschließende Erklärung« für das außergewöhnliche Massensterben in Deutschland sei laut Leander Beil aber erst »Mitte 2023 zu erwarten«, nämlich dann, wenn die Regierungsbehörden sich dazu äußern wollen: »Dann veröffentlicht das Statistische Bundesamt eine abschließende Einordnung, auch unter Einbeziehung des Alterungsprozesses der Bevölkerung und der Todesursachenstatistik« – die wiederum vom berüchtigten Robert-Koch-Institut und vom Paul-Ehrlich-Institut erarbeitet würden (siehe #DW1 bis vorliegende Ausgabe). Viele Mainstream-Journalisten weisen darauf hin, dass auch in anderen Ländern die Todesraten stiegen, was im Falle Schwedens und vieler weiterer Länder nicht der Fall ist. Auch weitere Medienfunktionäre in den Konzernen beteiligen sich an der Verschleierung.

Während der »Jahrhundertseuche« im Jahr 2020 waren keine drastischen Veränderungen in der Sterbestatistik der BRD feststellbar (Seite 3 jeder DW-Ausgabe seit 17. April 2020). Das Corona-Regime steht im Verdacht, den größten Massengenozid der Menschheitsgeschichte industriell organisiert zu haben, wovor neben Zehntausenden weiteren Wissenschaftlern, Experten, Medizinern und Journalisten weltweit auch die Shoah-Überlebende Vera Sharav beim Festakt für 75 Jahre Nürnberger Kodex am 19. August 2022 mit den Worten warnte: »Nie wieder ist jetzt!« (#DW102). Vermutet wird eine Endzeitsekte von Konzernoligarchen im Hintergrund, die von einer »Überbevölkerung« auf der Erde ausgeht und sich berufen sieht, eine »Bevölkerungsreduktion« (also Massengenozid und massenhafte Unfruchtbarmachung) zu erzwingen.

Der Arzt und Preisträger der Republik Dr. med Bodo Schiffmann wies zuletzt am 22. November darauf hin, dass der PC-Oligarch William Gates einen Massenmord von 10 bis 15 Prozent der Weltbevölkerung durch »Impf«-Injektionen angekündigt hatte (https://odysee.com/@BoschimoTV:c/2022.11.22-Died-Suddenly-Bodo-Schiffmann:f). (Anselm Lenz)

Vor dem Gesetz sind alle gleich?

Normalerweise müssen sich die Menschen in einem Rechtsstaat an die aktuell gültigen Gesetze halten, das materielle Recht. Doch wer die Welt retten will, gilt nicht als Straftäter.

KOMMENTAR von Gordon Pankalla

Wenn sich die Kids mal wieder auf die Straße kleben, wegen hochwertigen Zielen, ist das Kamera-Team von *Stern TV* nicht weit. Beim Interview aus dem Polizeibus heraus, wird diesen von Polizist*innen bereitwillig die Möglichkeit eingeräumt, sich nochmals medienwirksam zu äußern und im Stern TV-Studio kündigt die »Letzte Generation« dann auch gleich die nächsten Aktionen auf dem Flughafen an.

Ist das, was *Stern TV* da macht, nicht eine Beihilfe zur Nötigung (Paragraph 240, 27 Strafgesetzbuch, StGB)? Ohne eine mediale Verbreitung wäre die ganze Kleberei und der Kartoffelbrei doch ziemlich wirkungslos, wie so mancher »Virenleugner« in den letzten beiden Jahren feststellen konnte. Aber man kann Stern TV nicht vorwerfen, nicht vor Ort gewesen zu sein, schließlich musste man die ganzen rechten Nazis filmen und stellte extra ein *Team* zusammen, das in der Türkei einem Vegankoch auflauerte. Ein bisschen Farbe und Kleber und schon regen sich alle zurecht auf, so die Ansicht der *Stern*-Redaktion, und am Ende des Beitrags wird man nochmal daran erinnert, worum es geht: um nichts weniger als die Rettung der Erde. Ich habe nicht schlecht gestaunt, als ich neulich in einem Verfassungsblog einen Beitrag lesen musste, wo der (Klima-)Notstand, doch tatsächlich als Rechtfertigungsgrund (Paragraph 34 StGB) herhalten sollte. Unsichtbare und nicht greifbare Gefahren werden immer wieder dafür benutzt, die Rechte der Menschen einzuschränken, egal ob es Viren sind oder jetzt die Umwelt.

»NOTSTAND ALS RECHTFERTIGUNGSGRUND«

Dass es beim Blockieren von Straßen zu tatsächlichen Gefahren kommt, zum Beispiel wenn Rettungswagen nicht mehr durchkommen, nehmen die Klima-*Kids* dann billigend in Kauf, im Sinne eines dolus eventualis, vergleiche Paragraph 15 StGB. Daher liegt auch ein nach Paragraph 315b »Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr« vor, nach dem die Klima-Retter zu verurteilen sind.

Das muss hier klargestellt werden: Es geht in einem Rechtsstaat nicht, reale Gefahren herbeizuführen, und dies dann mit einer abstrakten Gefahr zu rechtfertigen. Auf das Thema angesprochen meinte Kanzler Scholz nur, man solle sich besser andere Formen des Widerstands suchen. Diese Aussage reicht mir als Jurist nicht. Ich möchte, dass ein solches Verhalten klar verurteilt wird. Aber wenn die Ex-Kanzlerin Merkel schon die Schulpflicht der Klimarettung unterordnen wollte, dann setzt man seit Jahren die falschen Zeichen für Kinder und dies – im Sinne eines Ideologiestaates – offenbar ganz bewusst. Neben der Beihilfe zur Nötigung, also der Förderung der Haupttat, gemäß Paragraph 240 StGB, muss man rechtlich ganz klar sagen: Die Behauptung der »Letzten Generation«, dies alles sei ein »gewaltfreier Widerstand« ist falsch. Denn jemanden an der Weiterfahrt zu hindern, stellt Nötigung und somit eine Form der physischen Gewalt dar, wie wir seit dem »Laepple Urteil« wissen. Damals im Jahre 1969 hatte sich ein Student in Köln vor eine Straßenbahn gelegt, um gegen die Fahrpreiserhöhung zu protestieren (BGHSt 23, 46 [53 f.]), seither gilt in ständiger Rechtsprechung auch physische Gewalt als Nötigung.

Wer solche Taten auch noch *promotet* und damit medial »fördert«, der begeht in meinen Augen eine Beihilfe zur Nötigung. Gedanken machen sollte man sich aber vor allem über die Hintermänner, beziehungsweise Hinterfrauen. Wer Spenden für solche Aktionen sammelt und sogar 20-Stunden-Jobs für diese sogenannten Aktivisten schaffen will, der hält »die Fäden des Handelns in der Hand« und macht sich der mittelbaren Täterschaft für diese Aktionen strafbar, Paragraph 25 I Alt. 2 StGB.

Wann geht also der internationale Haftbefehl für Frau Aileen Getty und ihren »Klima Emergency Fund« raus, die ideologischen »Kleb-Stifter« und Geldgeber hinter unseren panisch gemachten Kindern auf der Straße?

FEIERN WIR DIESE WM!

KOMMENTAR von Paul Brandenburg

»Ich bin schockiert! Schockiert, dass hier offenbar Glücksspiel betrieben wird!« Mit diesen Worten lässt Polizeipräfekt Renault von einem Dutzend Uniformierter eine Bar stürmen. Im gleichen Moment reicht ihm ein Kellner flüsternd einen Koffer: »Ihr Spielgewinn, Monsieur le Prefect.« Nicht nur für diese Szene darf man den Filmklassiker Casablanca lieben.

Die Neuinszenierung durch *ARD* und *ZDF* ist weniger gelungen. Für 214 Millionen Euro unser aller Zwangsgebühren erwarben beide Anstalten die Senderechte der Fußballweltmeisterschaft 2022 beim Vermarktungsmonopolisten FIFA. Vor vielen Jahren. Und wie seit Jahren bekannt, sollten diese Spiele im Emirat Katar stattfinden. Katar hatte nämlich seinerseits Millionen Euro an die Dunkelmänner der FIFA gezahlt, um als Veranstaltungsort »ausgewählt« zu werden. Auf gleichem Märchenwege gelangten die Spiele 2006 bekanntlich bereits ins das Land der Gerechten im Herzen Europas.

MORALPOLIZISTEN MIT SCHLECHTEM TIMING

ARD und *ZDF*, als deutsche Finanziers der FIFA-Spiele 2022, fielen nach Jahren der Vorbereitung nun zum Spielstart vergangene Woche auf, dass die Menschenrechtslage in Katar desolat ist. Unter anderem ist Homosexualität dort strafbar und vergewaltigte Frauen laufen Gefahr, im Falle des Bekanntwerden der Tat gegen sie, für eben diese als schuldig verurteilt zu werden. Zustände, die jede Empörung rechtfertigen würden. Allein ihr *Timing* nimmt den Empörten der öffentlich-rechtlichen alle Glaubwürdigkeit. Ihr Entrüstungssturm begann nämlich nicht nur nach Jahren der Offenkundigkeit aller Missstände pünktlich erst zum Spielbeginn.

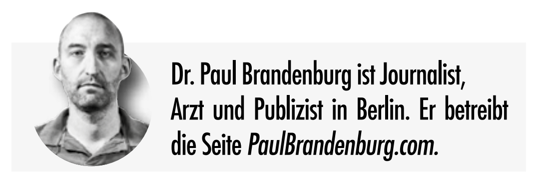
Nein, er setzte auf Twitter und in den eigenen Kanälen – rein zufällig – parallel zur Meldung ein, dass die Emire des streng islamischen Staates plötzlich und unerwartet jeglichen Alkoholausschank in den Stadien verboten hätten. Bier gäbe es nur noch in Luxuslounges für über 13 Euro! Schockierend, dieser Umgang mit den Fans! Dass in Sachen Stadionbier damit lediglich ein Zustand herrscht, wie auch in Frankreich und Großbritannien, vergaßen die Moralpolizisten zu vermelden. Stattdessen entsandten sie ihre Kommentatoren-Helden ins Emirat. Voller Gratismut traten diese in ihren abgeschotteten Kommentatorenboxen (unsichtbar für alle Kataris) mit Regenbogen-Binden – auch einer am Arm – vor die Kamera. Damit die ganze Welt sehe, welch' Mut und Gerechtigkeit in Deutschland herrscht! Die deutsche Nationalmannschaft, Greta sei bei ihr, solle es ihnen nun gleichtun!

Bei so viel Heuchelei verlor selbst der »FIFA«-Boss die Contenance. Gianni Infantino, ein Mann dessen Auftritt auch äußerlich sonst dem eines Bond-Schurken entspricht, berief eine Pressekonferenz ein: »Heute habe ich sehr starke Gefühle. (...) Heute fühle ich mich homosexuell. (...) Heute fühle ich mich behindert (...) Heute fühle ich mich als Arbeitsmigrant (...) Heute fühle ich mich als Araber.«

Nach seiner dadaistischen Verhöhnung der Wokoharams zwang er die Sekte zur Selbstentlarvung. Die »FIFA« teilte den Spielern nämlich mit, dass sie Regenbogen-Binden oder vergleichbaren Aktionismus auf dem Rasen mit Strafpunkten bezahlen würden. In der Welt des Berufsfußballes sind die Synonym für herben Einkommensverlust. Schlagartig schwieg auch die deutsche Maulheldenmannschaft. Die Ethik der Korruption ist eben eine spezielle.

GESSELIGE SUCHE

Alles an dieser Posse ist wunderbar. Darum sollten über sie nicht nur Fußballfans endlich die Schuldreligionen überwinden und ihre Leidenschaften feiern. Zum ersten Mal überhaupt bin ich geneigt, anlässlich der WM-Übertragungen eine Party zu geben. Sollten Sie, liebe Leser, politisch unkorrekt – vorzugsweise eine attraktive Frau und Ausschweifungen zugeneigt sein –, melden Sie sich bei Interesse gern: *wm2022@paulbrandenburg.com.*



Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite *PaulBrandenburg.com.*

Habeck würde Binde tragen!

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick.

Nichts, einfach gar nichts läuft hier bei uns noch normal. Selbst profanes Fußballspielen darf es nicht mehr geben – überall hagelt es politische Botschaften aus Wokistan.

Und apropos! Wer hat eigentlich sichergestellt, dass Tampon-Automaten in der Umkleidekabine der WM-Mannschaft stehen? Schließlich sollen sich die kleinen Racker wie zu Hause fühlen, wenn sie schon ihre Binde nicht tragen dürfen!

Während jeden Tag rund 25 mittelständische Unternehmen in Deutschland sterben, mit ihnen zahlreiche Jobs, bekennt sich unser Märchenonkel und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) zum Tragen von Binden. In einer ZDF-Sendung ermunterte Habeck neulich die Fußballer dazu, das Symbol der »One-Love-Armbinde« trotz Verbots auf dem WM-Spielfeld in Katar zu tragen.

Das sagt gerade einer, der gern in leeren Gassen kämpft, der sich mit Wuschelhaar – spontan und ungestellt – beim Nachdenken mit Blick aufs Meer fotografieren lässt. Um dann, wenn's darauf ankommt, richtig zu versagen. Wir erinnern uns alle noch zu gut an das Foto von ihm, als er den Bückling vor dem Emir von Katar machte. Wo war da seine Binde? Am Arm trug er sie jedenfalls nicht.

DES PUDELS KERN

Nach diesem Presse-Foto und der folgenden Schmach muss Habeck wohl in seiner Bescheidenheit entschieden haben, sich einen eigenen Haus- und Hoffotografen für schlappe 400.000 Euro jährlich leisten zu wollen. Sie wissen schon, für diese ganz natürlichen, ungestellten Habeck-Momente.

Wir wissen es mittlerweile: Sobald Annalena Bärbock deutschen Boden verlässt, in irgendeinem Drittland aufschlägt, verteilt sie munter Steuergelder, lobpreist die deutsche Demokratie und verhöhnt ihre deutschen Wähler. Schließlich ist es ihr auch egal, was diese von ihr denken. So geht Politik, wenn es nichts zu verlieren gibt. Schließlich stehen die mächtigsten Menschen der Welt hinter ihr, ebenso die Medien und natürlich die ganzen Mitläufer aus den eigenen Reihen.

Und so musste es kommen, wie es kam. Bärbock reiste mit ihrer neuen Staatssekretärin Jennifer Lee Morgan – Sie erinnern sich, die kurzfristig eingebürgerte Dame von Greenpeace mit dem blonden Pudelkopf – zur Cop27-Klimakonferenz in Scharm-El-Sheikh. Nicht nur, dass Morgan im Sitzen einschlief und sich dabei unvorteilhaft fotografieren ließ, nein. Bärbock versprach wieder vollmundig Geld aus Deutschland.

GELD JA, ABER NICHT FÜRS AHRTAL

Entwicklungsländer, die durch die »Erderwärmung« als besonders gefährdet gelten, sollen künftig Geld aus einem Entschädigungsfonds erhalten. Konkrete Zahlen sind nicht bekannt, wir dürfen aber annehmen, dass Deutschland wieder ordentlich zur Kasse gebeten wird. Laut Medienberichten war Bärbock sehr zufrieden, schließlich sei das ein »Durchbruch bei der Klimagerechtigkeit«. Was sagen eigentlich die Menschen aus dem Ahrtal dazu? Fast 20 Prozent Übersterblichkeit in Deutschland seit der mRNA-Spritze, brachialer Untergang des Mittelstands dank Gaspreis-Explosion und Inflation, steigende Armut, Depression. Und alles bleibt still (alles? Nicht alles, siehe Seite 6). Der Deutsche folgt dem Herrn bis in den Tod, pflichtbewusst und untertänig. Und die, die aufmucken, sind die Verschwörungsideologen, die Rechtsradikalen. Kurzum: der Abschaum, der an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden muss.

In den USA hingegen werden hiesige Verschwörungsmythen seit langem offen angesprochen. Ron de Santis, der erst kürzlich mit großer Mehrheit wiedergewählte Gouverneur von Florida, sagte über das Weltwirtschaftsforum (WEF): »I don't want to have imposed the values of Davos on us, but of places like Dustin and Dunedin, where I grew up. Things like the World Economic Forum, those policies are dead on arrival on the state of Florida. We are not gonna go down that road.« Zu Deutsch: »Ich möchte nicht die Werte von Davos aufgezwungen bekommen, sondern die von Orten wie Dustin und Dunedin, wo ich aufgewachsen bin. Dinge wie das Weltwirtschaftsforum und ihre Richtlinien, sind bei ihrer Ankunft im Bundesstaat Florida bereits tot. Wir werden diesen Weg nicht gehen.« Wissen die Amerikaner ihr Glück zu schätzen? Die Hoffnung stirbt zuletzt, dass auch hier bei uns ein Politiker den Mund aufmacht. Und nicht nur einer, der seine Karriere bereits beendet hat. – Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

Demo Düsseldorf 13. November 2022
Foto: Georgi Belickin

DER PREIS FÜR EIN BIER MIT DER MACHT: DER EINTRITT KOSTET DEN VERSTAND



Bild: Videostil, SachsenDirekt

Am 21. November 2022 inszenierte Sachsens Ministerpräsident (oben) eine Bürgerbefragungsrunde in Zwickau.

Frau Heike Pührer von der Demokratieinitiative Bewegung Zwickau fragte ihn nach der Einführung von Volksabstimmungen zu allen grundlegenden Fragen, wie beispielsweise Waffenexporte in Kriegsgebiete. Kretschmer wiegelte ab. Direkte Demokratie sei schon ein Thema für ihn, gab er vage zu Protokoll, Bürgerdialog aber käme nie zu einem Ende, weshalb er ihn für vergebens hält.

Mit der Diffamierung des renommierten Epidemiologen Prof. Sucharit Bhakdi versuchte er Punkte zu machen. Dieser sei durch den Verkauf von »Hörbüchern« Millionär geworden. Nun sei es Zeit alles zu vergessen, was in den vergangenen zweieinhalb Jahren geschehen ist und was er als Ministerpräsident zu verantworten hat.

Kretschmer sagte, er wäre bereit, mit jedem »ein Bier trinken zu gehen« und neue Sachen anzugehen, aber unter einer Bedingung: »Hören wir auf mit dem Gerede, was gewesen ist. Das ist mein Rat und das ist übrigens auch mein Angebot, das kann man annehmen und es genauso machen oder nicht.«, sagte er. Die anwesenden Demokraten nahmen das »Angebot« augenscheinlich nicht an. (sma/hes)



»Schöne Auffangtatbestände«

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE *Dirk Sattelmaier*

In dieser Woche durfte ich mal wieder ins herrliche Bayern, genauer gesagt ins Frankenland. In der schönen Kleinstadt Hersbruck stand ein zur Tatzeit 19-Jähriger wegen Widerstandes und tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte vor Gericht, § 113, 114 StGB.

Das Kuriose dieses Falles: Der Tatort war der Berliner Tiergarten. Hier soll der Mandant nach einer aufgelösten Versammlung am 21. April 2021 mit seinem »Trömmelsche« (Kölner Sprech) einen unangemeldeten Aufzug »an der Spitze« angeführt haben. So jedenfalls die Angaben der agierenden Berliner Polizeibeamten in deren schriftlichen Niederschriften. Da das Verfahren gegen den 19-Jährigen jedoch als Heranwachsenden nach dem Jugendstrafrecht geführt wird, musste die Verhandlung am Gericht seines Wohnortes und eben nicht in Berlin stattfinden.

Für die geladenen Beamten ergab sich so eine weite Reise in den Süden. Allerdings meldete sich ein Beamter kurzfristig krank, so dass wir die Verhandlung mit nur einem Beamten als Zeugen durchführten. Und dieser bestätige dann, dass der Mandant an jener Spitze des Aufzuges trommelnd die circa 700 Teilnehmer »angeführt« habe, weshalb man ihn »aus dem Spiel nehmen wollte«, um ein Weitergehen zu verhindern. Hierzu sei er mit den Worten »Polizei, kommen sie mit« in »seiner Freiheit beschränkt« und gepackt worden. Beim Verbringen zum Fahrzeug der Polizei stemmte sich der Mandant dann gegen die Beamten, weshalb diese ihn schließlich niederrangen und mit Handschellen fixierten. Hierbei soll der Mandant dann noch gegen den Oberschenkel des Zeugen geschlagen haben.

Auf meine Frage, welchen konkreten Tatvorwurf man dem Mandanten vor dessen Widerstandshandlung gemacht habe, gab der Zeuge an, dass es sich um (die üblichen) Verstöße nach der Coronaverordnung gehandelt habe. Dies seien – so wörtlich – »schöne Auffangtatbestände«, um Teilnehmer von Demonstrationen belangen zu können. Auf meinen Verdacht hin, mich verhört zu haben, ließ ich mir diese Aussage nochmals bestätigen und anschließend sogar protokollieren. Denn diese Aussage nährt natürlich den Verdacht, dass die Staatsgewalt und somit die Exekutive die Bußgeldtatbestände der Coronaverordnungen dankend genutzt haben, um unliebsamen aber friedlichen Protest auf der Straße zu schikanieren und sogar zu unterbinden. Am Ende konnte die Angabe, der Mandant sei Anführer des Aufzuges gewesen, durch eine bislang unbekannte Videoaufnahme widerlegt werden. Diese zeigte auch, wie unter Missachtung sämtlicher wesentlicher formalen Rechtmäßigkeitsanforderungen die Berliner Beamten gegen den Angeklagten vorgingen, indem dieser einfach mal so von hinten gepackt und gewaltsam zu Boden gebracht wurde. Die Gesichter der Richterin aber auch des Staatsanwaltes bekamen doch bedenkliche Züge bei der Inaugenscheinnahme des Videos. Das Verfahren wurde – auch mit Zustimmung des Mandanten – lediglich eingestellt, da für einen Freispruch eine weitere Verhandlung hätte erfolgen müssen.

Ein weiteres Lehrstück aus dem Bereich »rechtswidriges Verhalten von Polizeibeamten« auf oder am Rande von Versammlungen, welches letztlich erst durch entsprechende Aufnahmen zu Tage tritt, weshalb diese so wichtig – und auch legal – sind. Leider gibt es von diesen Fällen viel zu viele, weshalb ich nicht aufgeben werde, diese aufzudecken und den Mandanten zu ihrem Recht zu verhelfen.



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

Achtzehnte Woche der Medienmahnwachen LeuchtturmARD.de, im Folgenden druckt DW die Top-30-Standorte ab.

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
AUGSBURG: Montag ab 17 Augsburger • Allg. Maximilianstr. 3
BADEN-BADEN: Donnerstag ab 12 • Badener Tagblatt • Wilhelmstr./Langestr.
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
CHEMNITZ: Montag 18.30 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
COBURG: Montag 18.30 • Neue Presse • Steinweg 51
DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
ERFURT: Donnerstag ab 16 • MDR Studio • Gothastr. 36
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
FREIBURG: Donnerstag ab 16 • SWR Studio • Kartäuserstr.
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
KEMPTEN: Donnerstag 17.40 • BR Rundfunk • Siegmund-Ullmann-Platz
KIEL: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KÖLN: Mittwoch 13-18 • Öff. Rundfunkrat • Obenmarspforten 40
KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LANDAU: Donnerstag ab 15 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
LANDSHUT: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Altstadt 74
LÜBECK: Donnerstag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAINZ: Donnerstag 15.30 • ZDF Studio • ZDF-vStr. 1
MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Wallensteinstr.
OSNABRÜCK: Mittwoch ab 16 • NOZ • Breiter Gang
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
RAVENSBURG: Donnerstag ab 17 • Schwäbisch Media • Karlstr. 16
ROSENHEIM: Mittwoch ab 19 • OVB Heimatzeitung • Hafnerstr. 5-13
SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 17 • SR Saarland • Europagalerie
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Am Bahnhof 9
WIESBADEN: Donnerstag 15.30 • Wiesb. Kurier • Langgasse 21
WÜRZBURG: Donnerstag 15.30 • BR Studio • Domplatz

IMMER MONTAGS!

AARBERGEN-KETTENBACH, 18 Uhr, am Rathaus (Norma Parkplatz) – ADELSDORF, 18:30 Uhr, am Marktplatz – ANNABERG, 19 Uhr, am Markt – BABENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus –BAD BOLL, 18 Uhr, am Rathaus – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BIENENBÜTTEL, 18:30 Uhr, am Rathaushplatz – COPPENBRÜGGE, 18 Uhr, am Rathaus – CRIMMITSCHAU, 18 Uhr, am Markt – DENKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DINKELSCHERBEN, 18 Uhr, am Rathaus – EGGENFELDEN, 18 Uhr, am Stadtplatz – EIGELTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EUSKIRCHEN, 18 Uhr, am Annaturmplatz – FERNWALD, 18:30 Uhr, am Rathaus – FISCHBACH, 18 Uhr, am Marktplatz – GADEBUSCH, 18 Uhr, am Markt – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GLÜCKSBURG, 18 Uhr, am Schlossparkplatz – HAFFKRUG, 18 Uhr, Seebrücke – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – HELGOLAND, 18 Uhr, am Rathaus – HERZOGENAURACH, 19 Uhr am Marktplatz – KÖNNERN, 20 Uhr, am Rathaus – LAUFEN, 18 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum	Ort	Art
Sa, 26.11.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 26.11.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 26.11.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 26.11.2022 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 26.11.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 26.11.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 26.11.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 26.11.2022 11-13 Uhr	Henstedt-Ulzburg, Am Bahnhofbogen (Höhe Kentucky)	Schilderkette
Sa, 26.11.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 26.11.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 27.11.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 27.11.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 28.11.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnentempel	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Gethsemanekirche	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee - am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 28.11.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 28.11.2022 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 28.11.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20:30 Uhr	Dreieich, Bürgerpark	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 28.11.2022 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20:30 Uhr	Erzhausen, Hessenplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Am Römer	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 28.11.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 28.11.2022 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
28.11.2022 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 28.11.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 28.11.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 28.11.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 28.11.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 28.11.2022 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 28.11.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 28.11.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 28.11.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 29.11.2022 16:30-18 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz der Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 29.11.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 29.11.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 29.11.2022 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 29.11.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 29.11.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 30.11.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 30.11.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 30.11.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 30.11.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 30.11.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 30.11.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 30.11.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
30.11.2022 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 30.11.2022 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 1.12.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 1.12.2022 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 1.12.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 1.12.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 1.12.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 1.12.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 1.12.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 2.12.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 3.12.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 3.12.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 3.12.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 3.12.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa,3.12.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 3.12.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 3.12.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 3.12.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 3.12.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 3.12.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 17.12.22 13-20 Uhr	Berlin, Brandenburger Tor	GROßDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



DURCHSUCHUNG, BESCHLAGNAHME, FESTNAHME, U-HAFT

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Die Reihenfolge der titelgebenden staatlichen Maßnahmen beschreibt das in Deutschland 2022 mittlerweile normale Prozedere für einen »falsch« urteilenden Richter, für einen Anmelder einer Demonstration oder für einen Arzt, der nach bestem Wissen und Gewissen ein Maskenbefreiungs-Attest ausstellt.

Keine Anwendung hingegen findet es bei der EU-Kommissionspräsidenten Ursula von der Leyen – obwohl diese vermutlich mehr Anlass dazu böte als etliche andere. Denn in einer heimlichen Nacht-und-Nebelaktionen hatte sie mit dem CEO von Pfizer, dem gelernten Tierarzt Albert Bourla, einen Deal vereinbart, der es in sich hatte: 1,8 Milliarden Impfdosen des ungetesteten »Impfstoffes« Comirnaty waren für 35 Milliarden Euro mal eben so gekauft worden – völlig über den Kopf der eigentlich dafür vorgesehenen Gremien hinweg, ohne ordentliche Belege und mit unüblich weitreichenden Befreiungen von Haftung, Lieferterminen, Qualitätssicherungen und vielem anderen mehr.

Dem EU-Parlament wurde später ein Vertragstext vorgelegt, in dem die entsprechenden Passagen seitenlang geschwärzt waren; Bourla weigerte sich, an dem für die Klärung des Sachverhalts eingerichteten EU-Sonderausschuss teilzunehmen; das von der Kommission eingesetzte gemeinsame Verhandlungsteam für derartige Verträge war zuvor von den persönlichen, zweiseitigen (Geheim-)Verhandlungen von Bourla und von der Leyen ausgeschlossen worden, und parlamentarischen Aussagen zufolge seien wichtige SMS zwischen von der Leyen und Bourla mit Hinweisen auf die Verträge verschwunden.

Die Kommissionspräsidentin verweigert jegliche Auskunft über Verhandlungen mit Bourla, sie behauptet, »geheime Absprachen« seien getroffen worden, Rechnungsprüfer des Parlamentes monieren Mauscheleien.

Insgesamt also: Eine abenteuerliche Verkettung dubioser Umstände. Das alles kennt man ja irgendwie noch aus Zeiten, in denen von der Leyen Bundesverteidigungsministerin war.

Weiteres zum Thema von Ministerialrat a.D. Uwe Kranz via echte-polizisten.de/durchsuchung-beschlagnahme-festnahme-u-haft

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de*

WIR MONTAGSSPAZIERGÄNGER

ORANIENBURG



Foto: Sunny/Oberhavel steht auf

AUSDAUERND UND KRAFTVOLL

Seit so vielen Monaten auf der Straße und auch Minusgrade schrecken sie nicht ab.

Demokraten in Oranienburg lassen nicht locker und gehen jeden Montag spazieren. Viele kommen aus der brandenburgischen Stadt selbst, Dutzende aus dem Umland und teils sogar Berlin, weil der Spaziergang hier so ausdauernd, friedlich und kraftvoll ist. »Und nächsten Montag wieder! Bis dieser Krieg gegen uns Menschen beendet ist, und die Verbrechen aufgearbeitet und verurteilt sind. Wir sind auf dem Weg.«, so eine Teilnehmerin aus Oranienburg am 21. November 2022. Weiter geht's. (hes)

SCHWEDT

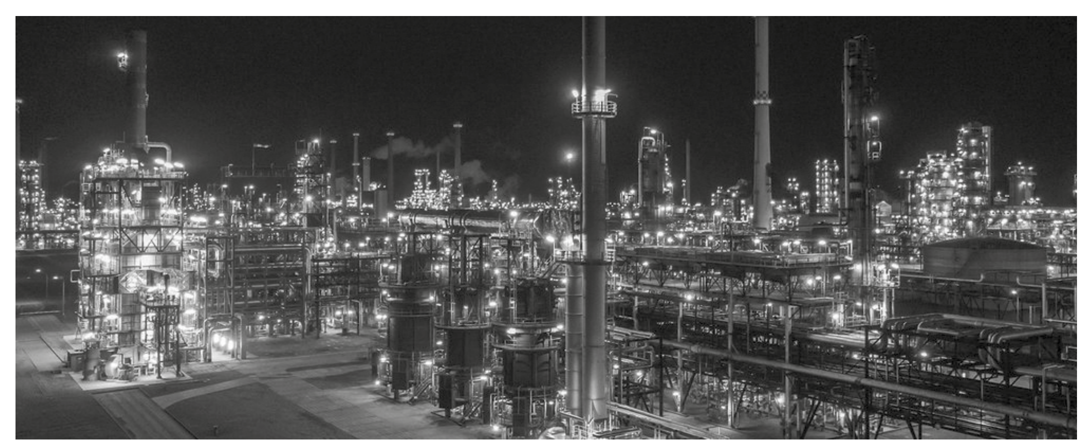


Foto: PCK-Promo/commons

GEGEN DIE DEINDUSTRIALISIERUNG

Im brandenburgischen Schwedt steht weit sichtbar die große PCK-Raffinerie.

Diese vesorgt Berlin und Brandenburg mit Benzin, Diesel, Kerosin, Heizöl und weiteren Erdölprodukten und stellt rund zehn Prozent der deutschen Kraftstoffe her. Sie ist der größte Arbeitgeber der Agrarregion Uckermark. Beliefert wird diese Raffinerie über die Druschba-*Pipeline* (dt. Freundschaft). Doch diese wird im Januar 2023 im Rahmen der verordneten Sanktionen dichtgemacht. Beschäftigte bangen um ihre Arbeitsplätze, Unternehmen und Bürger in der Region und darüber hinaus um ihre Treibstoff- und Heizungsversorgung. An einer Versammlung am Montag in Schwedt gab der Geschäftsführer der Raffinerie, Ralf Schairer, bekannt, dass von da an das über Rostock herangekarrte Öl nicht ausreichen werde, um dieselbe Menge herzustellen. »Es ist so, dass die Menschen hier eine Stabilität gewohnt waren, und diese Stabilität wird mit Sicherheit nicht mehr da sein.«, zitiert ihn der *RBB*. Am Sonntag, 27. November 2022, den ersten Advent finden deshalb umfangreiche Demonstrationen und ein Autokorso in Schwedt statt, der auch vom Berliner Autokorso unterstützt wird. Treffpunkt in Berlin ist 12 Uhr auf dem Parkplatz Ladeburger Heide. Um 16 Uhr gibt es eine Kundgebung auf dem Theaterplatz in Schwedt und ab 18 Uhr eine Lichterdemo zum Rathaus. Informationen gibt es in der Nachrichtenplattform Telegram unter: *t.me/AutokorsoBerlinInfo*

ZWICKAU



Foto: Bürgerinitiative Bewegung Zwickau

KÖNNEN WIR VERGEBEN, SOLLEN WIR VERGESSEN?

Annette A. von der Bewegung Zwickau auf dem Montagsspaziergang am 21. November 2022 der Bewegung Zwickau zu dem »Angebot« von Ministerpräsident Michael Kretschmer, alles zu vergessen, was in den vergangenen Jahren verbrochen wurde (Seite 5):

»Die einzig glaubhafte Entschuldigung wäre der Rücktritt der gesamten Regierung und die Auflösung des Bundestages. Doch selbst wenn dieses Wunder eintreten würde, kann man dann einfach vergeben und vergessen? Die gründliche juristische Aufarbeitung des politischen Corona-Wahnsinns darf nicht ausbleiben. Denn Vergebung bedeutet nicht automatisch, dass Verbrechen keine Konsequenzen nach sich ziehen. Wenn beispielsweise die Familie eines ermordeten Menschen, dem Mörder vergeben würde, weil der Mörder seine Schandtat mit ganzem Herzen bereute und um Vergebung bat, bedeutet es für ihn, trotzdem eine lange Zeit im Gefängnis zu sein. Vergebung bedeutet nicht »Schwamm drüber«, Vergebung ist kein Unter-den-Teppich-kehren.

Die Ministerpräsidentin der kanadischen Provinz Alberta hat sich bei den Ungeimpften für die unnötige Ausgrenzung entschuldigt und räumt in ihrem Gesundheitsministerium auf (siehe Seite 3). Doch ich befürchte, dass ein Schuldeingeständnis, und die Rehabilitation der Ungeimpften und der diffamierten Kritiker der Coronamaßnahmen eine unüberwindliche Rote Linie für diese deutsche Regierung darstellt, die ursprünglich angab, keine Roten Linien zu kennen. Vergeben und vergessen, was in den letzten zweieinhalb Jahren alles an Leid durch eine völlig verfehlte Coronapolitik geschah? Vergeben, unter Umständen. Doch vergessen, nie! Das begangene Unrecht wird nicht ungestraft bleiben.«

STAMMHEIM



Foto: Quedenken-711



FÜR EINEN HELDEN!

Mittwoch, 23. November 2022 vor dem berüchtigten Terrorknast Stuttgart-Stammheim.

Es ist der Geburtstag des Querdenkers Michael Ballweg, der dort in den Isolationsmauern seit Juni 2022, seit fünf Monaten ohne Anklage, ohne ordentliches Gerichtsverfahren und ohne Urteil weggesperrt wird. Zu diesem Anlass kamen Demokratinnen und Demokraten zusammen, um ihre Glückwünsche und echte Solidarität über und durch die Gefängnismauern zu schicken.

Die Stadt Stuttgart sperrte das Gelände unverhältnismäßig grob ab. Doch Tausende Demokraten vor Ort ließen sich nicht beirren. Die Forderung war klar und deutlich:

»FREIHEIT FÜR MICHAEL BALLWEG!«

HEIDENHEIM



Foto: Odysee/Fernglas

WIR SIND ÜBERALL

Nein, es ist nicht nur der Osten, der aufsteht!

In mehr als 150 Städten, Dörfern und Gemeinden allein in Baden-Württemberg gingen die Menschen am vergangenen Montag auf die Straße: Für ein Ende der Kriegstreiberei, die Verelendung, für Grundrechte und die konsequente juristische Aufarbeitung der Coronaverbrechen. Der Widerstandswille der schwäbischen und badischen Demokraten ist ungebrochen. Allein in Heidenheim gingen rund 1.000 Menschen auf die Straße, wie man Videoaufzeichnungen entnehmen kann und wie Teilnehmer berichteten. »Wir leben hier nicht im Tal der Ahnungslosen!«, lacht Angelika Maurmair aus Heidenheim am Telefon im Gespräch mit dem *DW*. »Wir machen solange weiter, bis wir diese Parteienherrschaft gebrochen haben, die über unsere Köpfe hinweg, ohne demokratische Legitimation Unheil in der ganzen Welt und in den Körpern unserer Mitbürger anrichtet.« Am Samstag, 26. November 2022 wird es eine zentrale Kundgebung auf dem Dietrich-Bonhoeffer-Platz im schönen Schwäbisch Hall geben.

NÜRNBERG



Foto: Odysee/Fernglas

RAUS AUS DER DIGITALBLASE, REIN IN DIE WIRKLICHKEIT

… und der Zug will nicht enden. Gruppe um Gruppe, Mann um Mann, Frau um Frau, Kind um Kind schieben sich gut gelaunt an mir vorbei.

Seit langen bin ich einmal wieder auf einem Spaziergang. Ich muss bekennen: Ich war etwas müde geworden. Nun stehe ich wieder hier, am 21. November 2022 in der Nürnberger Innenstadt und bin baff. So viele? – Warum wird hier nicht darüber berichtet? Weil es hier in Franken keine Freien Sachsen gibt?

Ich weiß jetzt wieder sicher: Wir werden siegen. Da führt kein Weg dran vorbei. Eine Bewegung, die so lange anhält, so groß und so zielstrebig ist, wird siegen. Auf der anderen Seite ist ja gar nichts, nur Waffen. Die Wahrheit, die Liebe und die Gerechtigkeit werden sich durchsetzen! Gut, dass ich dabei war. (Herr Benedikt Wolz in einer Zusendung an den *DW*)

SAALFELD



In Saalfeld (Thüringen) am 31. Oktober 2022 Foto: privat

Die Menge macht's

INTERVIEW *mit dem Aktivisten Roman Mironov*

Zehn Jahre lang war Roman Mironov selbstständiger Maler und Lackierer. Doch als 2017 ein Großauftrag einfach nicht bezahlt worden war und er das ungerecht fand, begann der 36-Jährige sich mit weltweiten Ungerechtigkeiten zu beschäftigen. Er setzt sich für politische Gefangene in Russland, seinem Geburtsland, ein und versucht, die Welt gerechter zu machen.

DW: Herr Mironov, Sie fordern in einem offenen Brief den sofortigen Rücktritt der Bundesregierung wegen Amtsmissbrauch und Beteiligung an dem größten Verbrechen, das jemals an der gesamten deutschen Bevölkerung stattgefunden hat. Aber das ist nicht das erste Mal, dass Sie Unterschriften für dieses Anliegen sammeln?

Roman Mironov: Schon im Frühjahr 2021 hatte ich auf der Plattform change.org in einer Petition den Rücktritt der deutschen Bundesregierung gefordert. Im Sommer desselben Jahres gingen die Unterschriften durch die Decke. Auch weil die Demonstration in Berlin am 1. August 2021 verboten war und die Polizeigewalt gegen die Menschen, die trotzdem ihr Anliegen auf die Straße brachten, derartige Auswüchse annahm, dass sogar ein Mann nach einer polizeilichen Behandlung verstarb. Damit war eine Grenze überschritten. Ich gab die Petition im Bundeskanzleramt ab, da habe ich sogar den Eingangstempel. Einige Zeugen waren dabei, es wurde gefilmt, und so wurden immer mehr Leute auf die Petition aufmerksam und unterstützten diese. Bei 77.000 Unterschriften hat change.org die Petition einfach entfernt.



Der Demokrat Roman Mironov versuchte 2021 eine Petition mit 27.000 Unterschriften sauber beim Pförtner des Bundeskanzleramtes abzugeben. Seither wird er vom BRD-Regime verfolgt (#DW68 vom 5. November 2021).



Demokratin protestiert vor dem Bundestag als das Infektionsschutzgesetz wiedermal geändert wurde. Foto: Sophia-Maria Antonulas

DW: Haben Sie versucht, sich gegen diese Zensur zu wehren?

Roman Mironov: Ja, klar. Die Begründung war, das Motto sei nicht gut für die Gesellschaft oder so ähnlich. Es ist ungerecht, die Stimmen von 77.000 Menschen so einfach zu löschen. Und kurz danach wurde mein Youtube-Kanal gelöscht. Dieses Jahr später habe ich mein Anliegen dann beim Petitionsausschuss des Bundestags eingereicht, der es aber nicht veröffentlicht hat. Und so kam es zu dem offenen Brief. Der offene Brief liegt inzwischen auf einer eigenen Plattform und ich mache *Backups* – das habe ich daraus gelernt. Und ich spreche auf Demonstrationen, um Menschen zu motivieren – es hängt alles von uns ab. Wir wurden und werden unterdrückt. Meine Vision ist, dass, wenn jeder eine Kleinigkeit unternimmt, wir in der Masse viel bewegen. Wie lange es politisch Verfolgte, Gefangene oder weitere Ungerechtigkeiten gibt, liegt an uns allen.

DW: Sie geben jedenfalls nicht auf. Auch wenn Sie, so wie vor einigen Tagen, von der Polizei schikaniert werden?

Roman Mironov: Ich war mit einem Freund auf der Autobahn Richtung Konstanz unterwegs, als ein Streifenwagen die Auffahrt nahm, uns sofort überholte und anhielt. Ich saß am Steuer. Und noch bevor ich den Polizeibeamten meinen Führerschein und die Fahrzeugpapiere aushändigte, sagte einer: »Am Steuer sitzt nicht der Fahrzeughalter.«

DW: Wie konnte der Polizist das wissen?

Roman Mironov: Das frage ich mich auch – vor allem, ohne die Papiere gesehen zu haben ... Und dann wurde unser Auto durchsucht, auch mein Rucksack mit den Kopien des offenen Briefes. Davon hat sich der Beamte gleich zwei Exemplare eingesteckt. Die Begründung für die Durchsuchung war, dass sie das im Grenzgebiet dürften. Sie haben dann einen Presseparkausweis im Kofferraum gefunden, behaupteten er sei gefälscht und sie müssten deswegen Verstärkung holen. Und als sie den Karton mit den Grundgesetz sahen, fragten sie: »Sind Sie Reichsbürger?« Zehn Minuten später kamen vier weitere Beamte in zwei Fahrzeugen. Die wollten dann das Auto noch mal durchsuchen, um, wie sie sagten, »nach Reichsbürgerpropaganda zu suchen«. Und dagegen haben wir uns erfolgreich gewehrt, mit dem Anwalt als Rechtsberater am Telefon.

DW: Wie lange dauerte diese Polizeischikane?

Roman Mironov: Dreieinhalb Stunden standen wir auf dem Pannenstreifen in der Kälte. Unsere Tagesplanung war dahin. Als ich die beiden Exemplare des offenen Briefes vom Polizisten wiederhaben wollte, stritt der zuerst ab, dass er sie hätte, und gab mir dann nur einen Brief zurück. Erst als ich auf eine schriftliche Bestätigung für die Beschlagnahme bestand, bekam ich auch den zweiten wieder.

Bis zum Redaktionsschluss haben 23.738 Menschen den offenen Brief unterschrieben. Zu finden ist er auf der *Website https://free-people.online/offener-brief/*

Das Interview führte Sophia-Maria Antonulas.


Sophia-Maria Antonulas ist freie Journalistin in Stockholm und DW-Co-Herausgeberin.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

INTERVIEWVORSCHLÄGE

Liebes Team! – Wie üblich möchte ich mein Abo verlängern lassen. Bin etwas später dran und ein begeisterter Leser, weil ihr Aufklärungsarbeit macht. Vielleicht könnt ihr mal ein Interview machen mit den guten Journalisten Milena Preradovic und Flavio von Witzleben. Beide sind klasse, solche gehören ins Fernsehen. Dort wird uns nur Einheitsjournalismus vorgesetzt und betreutes Denken. Mit Demokratie hat es nichts mehr zu tun.

ZUM ARTIKEL »IMMER WIEDER DEUTSCHLAND«, DW #112

Ich bin Deutsche. Ich weiß seit Anfang 2020, dass dies alles ein Verbrechen ist. Seitdem und bis heute widersetze ich mich und mache meine Art der Widerstandsarbeit. Das hat mich meine finanzielle Existenz, meine sozialen Beziehungen und sehr viel mehr gekostet. Es wird in diesem Artikel kein Unterschied gemacht zwischen Tyrannenherrschern und deren hypnotisierten (und somit in Kriegsgefangenschaft gesetzten) eigenen Bevölkerung und jenen Menschen – und das sind viele –, die sich nicht gefangensetzen ließen und aufbegehren, die Wahrheit verbreiten, und das unter Gefahr für die eigene Existenz. Immer wieder lese ich auf Kanälen und in Medien zu vielen Themen und aus vielen Ländern die Äußerungen, wie blöd »die Deutschen« seien, wie schlecht sie seien. Wir sind noch nicht wirklich weitergekommen in unserem Bewußtsein als Menschheit, in unserem Umgang unter Brüder und Schwestern, solange das noch so ist.
– Elke Grözinger, Erolzheim

NEHMT DAS HANF REIN

Ihr habt immer eine schöne Liste mit wirklich guten Buchempfehlungen (Seite 15), die bei mir schon einige Käufe bewirkt haben. Von den Ausgaben des Verlages S & L erfahre ich ja schon immer über den *Newsletter*. Die kaufe ich grundsätzlich jeweils zweimal, um ein Exemplar an meine nach Schottland ausgewanderte Tochter zu exportieren. Jetzt meine Bitte: Nehmt doch bitte das Buch »Die Wiederentdeckung der Nutzpflanze Hanf« mit auf. Ich hatte es von meinem Bruder ausgeliehen und war so begeistert von dem Buch, dass ich es inzwischen schon sechsmal gekauft und verschenkt habe. Es sollten viel mehr Menschen erfahren, wieso die älteste Nutzpflanze der Welt – obwohl sie in den 1940er Jahren (den Kriegsjahren) sowohl in Amerika als auch in Deutschland nochmal so richtig *gepusht* wurde – aus unser aller Fokus verschwunden ist.
– Constanze Dost, Leipzig

WEM NUTZT DIE ZERSTÖRUNG DES MITTELSTANDS?

Außenministerin und Wirtschaftsminister, beide Bündnisgrün, zerhäckseln den Mittelstand. Warum? | Eine ANTWORT von Christian Kreiß, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Aalen



Demo Düsseldorf 13. November 2022 Foto: Georgi Belickin

Des einen Leid, des andern Freud — nicht alle sind unglücklich über die mittelstandsschädigende Politik der Grünen. Die USA wollen Deutschland seit Jahren von der günstigen russischen Erdgasversorgung abschneiden. Nord Stream 2 ist den USA seit Jahren ein Dorn im Auge. So sagte US-Präsident Biden laut ZDF bereits vor dem Ukrainekrieg am 8. Februar 2022:

»Sollte Russland in die Ukraine einmarschieren, habe die *Pipeline* Nord Stream 2 keine Zukunft. (...) Auf die Frage, wie er das bei einem Projekt unter deutscher Kontrolle bewerkstelligen wolle, sagte Biden: ›Ich verspreche Ihnen, dass wir es schaffen werden ‹«.

Das ist mittlerweile gelungen. Der US-Top-Ökonom Jeffrey Sachs vermutet, dass die USA die Sprengungen vorgenommen haben. Dieses endgültige Abschneiden Mitteleuropas von den Nord-Stream-Pipelines bezeichnete US-Außenminister Anthony Blinken sechs Tage nach den Sprengungen am 2. Oktober 2022 als »tremendous opportunity«, als eine großartige Gelegenheit. Abgesehen von steigenden Frackinggas-Exporten bedeutet das Schwächen des deutschen Mittelstands auch sehr gute und vor allem billige Einstiegschancen für Unternehmenskäufer aus den USA.

Bereits 2018 besaßen die großen US-amerikanischen Investmentgesellschaften wie Blackrock oder Vanguard 34,6 Prozent der Anteile aller DAX-Unternehmen. Weitere 20 Prozent gehörten britischen und irischen Vermögensverwaltern. Das Problem: Bei Mittelständlern funktioniert dieses Geschäftsmodell nicht, weil sie nicht börsennotiert, sondern in Familienhand sind und die Familien bei normalem Geschäftsverlauf nicht verkaufen wollen. Durch die Billiggeldpolitik der USA in den letzten 15 Jahren ist sehr viel Anlage suchendes Geld entstanden, das jetzt dringend nach lukrativer Verwertung strebt.

AUF WESSEN SEITE STEHEN UNSERE SPITZENPOLITIKER?

Falls es tatsächlich zu einer Schwächung und einem Ausbluten des deutschen Mittelstands kommen sollte, bietet das eine »tremendous opportunity«, viele seiner Unternehmen preiswert aufzukaufen. Durch die Nord-Stream-Sprengungen wurde diese günstige Gelegenheit zementiert. Und so stellt sich die Frage: Auf welcher Seite stehen unsere Spitzenpolitiker? Wessen Interessen vertreten sie? Die unseres Mittelstandes, unserer Bürgerinnen und Bürger oder andere Interessen?

Bereits in den Zeiten der *Lockdown*-Politik zeichneten sich die grünen Politiker mit Forderungen nach möglichst langen und harten *Lockdowns* aus. Die *Lockdown*-Politik schwächte kleine und mittelständische Unternehmen enorm. Jeder Tag *Lockdown* bescherte den Großkonzernen und den hinter ihnen stehenden Milliardären Extra-Milliardengewinne, was ich bereits im Januar 2022 in einem Beitrag für das Online-Magazin *telepolis* ausführte. Auch während der *Lockdown*-Zeit, als die Grünen noch in der Opposition waren, betrieben sie nach Kräften eine mittelstandsfeindliche, mittelstandsschädigende Politik.

Jetzt unterstützt die grüne Politik über eine tief wirtschaftsfeindliche Energie- und Sanktionspolitik erneut die Interessen der internationalen Großkonzerne zulasten der kleinen und mittleren heimischen Unternehmen. Meiner Meinung nach hängt dies möglicherweise damit zusammen, dass Frau Analena Baerbock Mitglied der »Young Global Leaders« (dt. Junge Weltenlenker) des Weltwirtschaftsforums in Davos ist. Das Forum vertritt bekanntermaßen die Interessen der internationalen Großkonzerne und der dahinterstehenden Milliardäre.

Ende August stellte die deutsche Außenministerin in ihrer mittlerweile berühmtberüchtigten Aussage klar, auf wessen Seite sie steht: »Egal, was meine deutschen Wähler denken«, die die deutsche Wirtschaft und Menschen schädigenden Sanktionen werden bleiben, auch wenn es im Winter Unruhen geben sollte.

Frau Baerbock rechnete Ende August selbst damit, die Menschen würden in Deutschland »auf die Straße gehen und sagen, dass sie ihre Energiepreise nicht bezahlen können«. Trotzdem wolle sie Sanktionen um jeden Preis aufrechterhalten, auch gegen die Interessen der deutschen Wähler.

In diesem Zusammenhang sind vielleicht die Aussagen von Oskar Lafontaine in einem Interview mit der Berliner Zeitung im August 2022 erhellend: »Deutschland ist kein souveränes Land. (...) Deutschland handelt im Ukrainekrieg als Vasall der USA. (...) Die führenden Politiker der Ampel — Scholz, Baerbock, Habeck und Lindner — sind treue US-Vasallen. Die Grünen haben sich zur schlimmsten Kriegspartei im deutschen Bundestag gewandelt. Die Aussagen von Annalena Baerbock, wir sollten ›Russland ruinieren‹, muss man schon faschistoid nennen. (...) Die deutsche Außenpolitik schadet den Interessen unseres Landes und ist kein Beitrag zum Frieden in Europa.«

Der ehemalige SPD-Politiker und Erste Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi, schreibt in seinem im Januar 2022 erschienenen Buch Ähnliches: »Deutschland und Europa sind heute in Fragen der Sicherheit und der Außenpolitik nicht souverän. Es sind die USA, die hier in Europa die Richtung vorgeben. Verfolgen sie dabei auch unsere Interessen? Führen sie Europa außen- und sicherheitspolitisch in eine friedliche Zukunft? Ich habe Zweifel daran«. – Das sind geradezu prophetische Worte.

VOLLES ROHR, STATT SCHOTTEN DICHT

Die beiden grünen Spitzenpolitiker schädigen aktiv unseren Mittelstand, die Basis unseres Wohlstands. Insbesondere die Außenministerin betreibt nach eigener Aussage keine Politik für ihre deutschen Wähler, sondern fördert meiner Meinung nach als *Young Global Leader* die Interessen internationaler Großkonzerne, deren Eigentümer und Chefs sich mit ihr regelmäßig in Davos treffen.

Die Lösung dieser unguten Situation wäre denkbar einfach, nämlich das, was Oskar Lafontaine vorschlägt: »Drängen auf einen Waffenstillstand, die Vorlage eines Friedensplans und die Inbetriebnahme von Nord Stream 2«. Diese Empfehlungen Lafontaines stammen noch aus der Zeit vor den Sprengungen der Erdgas-Röhren. Aber zumindest eine Röhre von Nord Stream ist ja offenbar noch intakt und könnte in Betrieb genommen werden. Das würde unsere Energieversorgung erheblich verbessern, gerade in den kritischen Wintermonaten, und dadurch unseren Mittelstand und unsere Haushalte entlasten.

Ich würde Oskar Lafontaines Vorschläge ergänzen: Abbau der Sanktionen und personelle Konsequenzen ziehen. Mit etwas gesundem Menschenverstand betrachtet, kann man sich eigentlich nur noch dem Twitter-Hashtag #BaerbockRuecktritt anschließen. Aber nicht nur Frau Baerbock: Die beste Lösung wären die Auflösung der Ampel, die diese Politik mitträgt, und Neuwahlen.

Der Text erschien zuerst beim unabhängigen Online-Magazin rubikon.org. Wir danken Autor und Redaktion für die Möglichkeit der Übernahme.

MELDUNG

INFLATION BLEIBT

Frankfurt/DW. Die Inflation im Euroraum hat ihren Höhepunkt noch nicht überschritten, so die Einschätzung des Bundesbank-Präsidenten Joachim Nagel, vom Montag, den 21. November 2022. »Ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass im Jahresdurchschnitt (2023) eine Sieben vor dem Komma steht.«, so der *Banker*. Zurzeit liegt die Inflationsrate bei rund elf Prozent. Kritiker sagen, dass die offiziellen Verlautbarungen in den vergangenen Jahren durchgängig die Lage schöngeredet hätten, und auch diese Zahl erneut zu niedrig angesetzt sei. (hes)

KOMMT DA NOCH WAS?

Ludwigsburg/DW. Die Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie kamen in weiten Teilen Deutschlands zu einem Ergebnis. Allein in Nordrhein-Westfalen hatten sich zuvor an den Warnstreiks, laut IG-Metall, 130.000 Beschäftige aus mehr als 1.000 Betrieben beteiligt. Herausgekommen ist eine Lohnsteigerung von rund acht Prozent in zwei Schritten (Inflationsrate siehe oben).

Die Industrieverbände sprachen von einem »Tarifabschluss an der Schmerzgrenze«. Bei Paris hingegen drangen Wartungsarbeiter der französischen Bahngesellschaft RATP bei ihren Streiks am 21. September 2022 in die Konzernzentrale in Sucy-en-Brie bei Paris ein. (hes)

MERCEDES-STERN IST PLEITE

Bruchsal/DW. Der Hersteller des weltberühmten Mercedes-Sterns ist pleite. Grund hierfür sind die steigenden Energiekosten, die sich laut der Unternehmerzeitung *Markt und Mittelstand,* zu eine »unkalkulierbaren Risiko« entwickelt haben.

Der mittelständische Autozulieferer BIA GmbH ist nicht der einzige, der vor dem Aus steht, während der Autokonzern Mercedes-Benz im dritten Quartal 2022 im Vergleich zum Vorjahr seinen Gewinn auf 4 Milliarden Euro verdoppeln konnte. Im Oktober 2022 hatten die deutschen Autozulieferer vor einem Kollaps der Lieferketten und der Gefährdung des Standorts Deutschland gewarnt. (hes)

WAS IST DER ÜBERFALL EINER BANK ...

Nassau/DW. Die große Kryptowährungs-Börse FTX musste Insolvenz anmelden. Zweifelhaften Medienberichten des *Wallstreet Journals* zufolge soll Firmengründer Bankman-Fried rund 300 Millionen Dollar von den Anlegern gestohlen haben. Der Journalist Milosz Matuschek, sieht in dem Vorgang einen heilsamen Schock für die Kryptowelt, die ohne Mittelsmänner wie Banken und Börsen wie FTX auskommt. (hes)

Fortsetzung vom Titeltext | Wollt ihr den Totalen Krieg?| Von Hendrik Sodenkamp

An der Front, stellt sich die Frage nicht mehr: »Ist der Feind tatsächlich gefährlich? Ist der Krieg tatsächlich die einzige Methode, den Feind zu besiegen, seine lebensbedrohlichen Wirkungen auszuschalten oder einzuhegen?« – Klaus Jürgen Bruder, Corona. Inszenierung einer Krise.

Wer in Gefahr ist, schaltet das Denken aus. Er reagiert nur noch, will die Gefahrenquelle beseitigen und hört auf jeden Zuruf von vermeintlich Verbündeten, auch wenn sie ihn in den Tod schicken. Gefahr ist ein Moment höchster Intensität, Konzentration und Aufmerksamkeit. »Krieg als inneres Erlebnis«, nannte das der Stellungskrieger Ernst Jünger. Doch was ist, wenn die Front überall lauert? Wenn der Gang durch Deutschland, jetzt schon, der Schlachtfeldbegehung gleicht.

Seitdem die USA die Nordstream-Pipeline sprengten (DW 106 und 107) ist ein Begriff überall: Kritische Infrastruktur. Und diese »Kritische Infrastruktur« gilt es zu schützen, um den Krieg am Laufen zu halten. – Genau das haben die Menschen in nun zweieinhalb Jahren Corona-Lüge eingehämmert bekommen: Das Gesundheitssystem darf nicht zusammenbrechen. Das Bundesinnenministerium warnte in seinem berüchtigten Panikpapier schon früh vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen, die sonst einträten. Es ist eine alte Taktik: Man malt ein vollkommen abschreckendes und unrealistisches Szenario aus und verspricht dann die Rettung davor. Der Staat als Versicherung von Gefahren, die er auch noch selber geschaffen hat.

Nun kauft sich das Bundesland Brandenburg ein Drohnenabwehrsystem zum Schutz des BER, Schutzanzüge gegen ABC-Waffen, und »sondergeschützte Fahrzeuge« für die staatlichen Einsatzkräfte. Was das ist? Panzerwagen für die Polizei »für den Fall eines Angriffs der kritischen Infrastruktur«, aber natürlich auch für »Schutz im Falle von Unruhen«. Die Brandenburgische Regierung wähnt sich an der Front. Paranoisch, nicht mit Aluhut, sondern schon mit Stahlhelm. »In Brandenburg wird kritische Infrastruktur durch Drohnen bereits systematisch ausgespäht«, faselt ein Landesregierungsvertreter. Es ist egal, den Namen des Herren zu nennen oder die Partei, sie alle wähnen sich im Krieg, in den wir alle gehen sollen.

BALD BUNDESWEHR IN DEN STADTWERKEN

Dabei ist das Bundesland ganz auf Linie der Bundesregierung, der EU und der Nato. Sie alle rollen konzertiert die Ideologie »Schutz der kritischen Infrastruktur« aus. Und das bedeutet ganz konkret, dass etwas aus dem Bereich des Zivilen zum Bereich des Krieges erklärt wird. Es ist die umfassende Militarisierung der Gesellschaft und ihrer Institutionen.

Die in den vergangenen Tagen omnipräsente Innenministerin Nancy Fäser schafft eine neue Behörde: Das seit Jahrzehnten vollkommen unbedeutende Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) wurde in dieser Woche zur Behörde für den Schutz kritischer Infrastruktur aufgewertet. Fäser hat ein Programm, das sie diese Woche verkündete und das nach einem Beschluss des Europaparlaments, ebenfalls diese Woche, europaweit gilt. Bevor Bürokraten etwas durchziehen, müssen Listen angefertigt werden. In den kommenden Tagen und Wochen ist Schritt Eins des Plans, zu identifizieren und aufzulisten, was alles Kritische Infrastruktur ist. Elf Sektoren zur Definition werden nun genannt: Energie, Verkehr, Bankwesen, Finanzmarktinfrastrukturen, Gesundheit, Trinkwasser, Abwasser, digitale Infrastruktur, öffentliche Verwaltung, Weltraum sowie Produktion, Verarbeitung und Vertrieb von Lebensmitteln. – Aber diese Liste ist erweiterbar.

Das heißt, dass ab jetzt schon Stadtwerke, Autobahnen, Dienstleister des Verkehrs, Banken, Krankenhäuser, Internetanbieter und Kabel Deutschland, Aldi Nord und Süd, Rewe, Wiesenhof und Amazon Besuch und Aufgaben von Militärbeamten bekommen werden. Sie sollen in Schritt Zwei sichergehen, dass die Betreiber der kritischen Infrastrukturen – ob private Unternehmen oder öffentliche Einrichtungen – für deren Funktionsfähigkeit sorgen.

Dazu werden »verpflichtende Schutzstandards für die physische Sicherheit hinzukommen. Derartige Maßnahmen können beispielsweise die Errichtung von Zäunen und Sperren, der Einsatz von Detektionsgeräten, Zugangskontrollen, Sicherheitsüberprüfungen, aber auch das Vorhalten von Redundanzen und die Diversifizierung von Lieferketten sein«, ruft die EU und unsere Innenministerin aus.

Nochmals: Wir haben hier private und öffentliche Einrichtungen, die sich bislang für Belange von Bürgerinnen und Bürger als Kunden gekümmert haben. Nun werden sie Teil der Militärstrategie der Nato. Aus den Stadtwerken werden kriegswichtige Betriebe. Und das in doppelter Hinsicht: Der Krieg geht gegen den äußeren Feind, Russland, aber immer ist der innere Feind, die Bevölkerung, also wir, mitgedacht. Die Kritische Infrastruktur soll die Menschen befriedigen, sodass sie keine Aufstände anzetteln und der Krieg fortgesetzt werden kann. Und falls es zu entschiedenen Schritten einer Revolution kommen sollte, ist die »Kritische Infrastruktur« vorbereitet zu antworten.

DER FEIND SCHAFFT BURGFRIEDEN

Die Unternehmen, Einrichtungen und Behörden werden einem deutschlandweiten Regime untergeordnet: »Mit der Einführung eines zentralen Störungs-Monitorings als Ergänzung zum bestehenden Meldewesen im Bereich der Cybersicherheit wird ein Gesamtüberblick über mögliche Schwachstellen beim physischen Schutz kritischer Infrastrukturen ermöglicht«, heißt es im Programm Fäsers.

Das Ende von demokratischer Diskussion und Ausgleich, das sich mit Bedrohungslagen herstellen lässt, ist beachtlich. Die Ausrufung des Corona-Ausnahmezustandes rief keinen Widerstand in den Parlamenten hervor, ebenso wenig wie nun die umfangreiche Militarisierung ziviler Einrichtungen in Europa. Fäsers Plan wurde hier abgenickt. Am Dienstag stimmten im sonst für Unstimmigkeiten bekannten Europaparlament 595 für die Ausweitung der Kampfzone. Nur 17 Abgeordnete stimmten dagegen, 24 enthielten sich ihrer Stimme. Und dies, obwohl hier eindeutig neue Strukturen, Einrichtungen, Befehlsketten geschaffen werden und über Grundsätzliches entschieden wurde: Unsere Gesellschaften wurden von sämtlichen Parteien zur Heimatfront erklärt.

KRIEGSWIRTSCHAFT

Weil sie allumfassende militärische Öffentlich-Private-Partnerschaften schaffen wollen, stören selbstverständlich Unternehmer wie Elon Musk, der zurzeit dadurch provoziert, dass er einfach nur Unternehmer ist. Nachdem er Twitter als Instanz gegen Zensur aufbauen wollte, nachdem er vorschlug, reguläre Abstimmungen in den Regionen Lugansk und Donjetsk unter der Aufsicht der OSZE durchzuführen, damit die Menschen dort klar und ohne jeden Zweifel demokratisch über ihre Staatsangehörigkeit entscheiden können, da war er unten durch. Unzuverlässig, für diesen Militärdienst ungeeignet. Der frühere Elektromobilitäts-Darling ist nun »Der gefährlichste Unternehmer der Welt« (*Manager Magazin*). – Parallelen zu Walther Rathenau tun sich auf, wie Robert Musil ihn beschrieb, aber vielleicht auch mit allem, was dazugehört. Die Ausweitung der Logik der militärischen »Kritischen Infrastruktur« hat ihr Pendant in der Änderung der klassischen Militärlogik: Die Bundeswehr gab über ihren Oberchef Eberhard Zorn bekannt, dass sie sich nun nicht mehr auf Einsätze wie »Die Verteidigung der Demokratie am Hindukusch« konzentrieren werde, sondern an der »Ostflanke«, massive Abschreckungs- und Vergeltungspotentiale in großen Verbänden bilden. Das braucht natürlich mehr »menschliches Kampfmaterial« und dieses braucht, laut General Zorn, »Einsatzbereitschaft und Einsatzwillen«. Doch wie schafft man den?

EIN KRIEG BRAUCHT SOLDATEN

Unsere Herrscher wollten uns mit der »Güte« ihrer Coronapolitik klarmachen, dass ihr Herrschaftssystem etwas sei, für das man sterben wolle. Nicht nur leben wir »Im besten Deutschland, das es je gegeben hat«, sondern dieses Deutschland ist auch noch besser und gerechter als der Feind. Nur so kann man den Fanatismus des Kults, um diese lächerliche One-Love-Binde bei der WM in Katar erklären. Die – das am Rande – mit ihrer Farbsymbolik wohl nicht zufällig eine allumfassende Allparteien-Front von SPD bis AfD darstellt und Einigkeit heuchelt.

Steht die Mannschaft auf Linie, verteidigt sie unser Land? – Man wirft Manuel Neuer vor, nicht der Partisan der Bundesregierung geworden zu sein, der für Deutschland, den »Westen«, die Nato und ihre Vormachtstellung in der Welt gegen die korrupte Fifa und den DFB und den so abscheulichen Geschäftspartner Katar ins Feld gezogen ist. »Unter dem Regenbogenbanner in den Krieg«, bezeichnete das mein Kollege Anselm Lenz treffend. Ein mörderisches Reich für Schwule und Lesben? – Jean Genet und Hubert Fichte wären wohl angewidert auf die Bahamas ausgewandert.

Aber auch die unaufhörliche Propagierung für die Todesverachtung der Ukrainer und nun der Aufstände im Iran sollen die Opferbereitschaft der Deutschen fördern. »Seht her, die kämpfen für uns!«, ruft die Nato, »Jetzt bist Du dran, Du Lauch. Mach, was richtig zählt.« – Unsere Herrscher werden der Demokratiebewegung nie verzeihen, dass sie bislang nicht auf uns schießen ließen.

»Die Macht der Gebilde scheint in stetigerem Zunehmen zu sein als das wirklich Seiende. Aber – dies ist für mich das Kriegserlebnis – wir dürfen das nicht zulassen. Wir müssen immer wieder betonen, dass das einzig Essentielle doch nur wir sind, unsere Seelen«, wird im »Konspirationistischen Manifest«, das in den kommenden Wochen im Verlag S & L erscheint, der Brief des Philosophen Georg Lukács an den Schriftsteller Paul Ernst zitiert. Diesen hatte der Erste Weltkrieg in einen patriotischen Taumel versetzt.

Sich nicht auf die »Gebilde« einzulassen, sich nicht durch den Schutz vor »Bedrohungen« verrückt machen zu lassen, ist das Verdienst der Demokratiebewegung. Und diese echte Verbundenheit und Solidarität wird siegen, gegen alle Lügen und die Ausweitung des Krieges auf alles.



Wir sind die, auf die wir gewartet haben. Demokraten machen die Sachen klar. Foto: Georgi Belickin

DIE VERSCHWÖRUNG DER GLEICHEN

Die meistgehassten Menschen der Welt haben sich auf Bali auf einen Fahrplan für die Rettung ihres untergehenden Machtapparats geeinigt. | Von Felix Feistel

Am 15. und 16. November fand auf Bali der diesjährige G20-Gipfel statt. Bei G20 treffen sich Regierungsvertreter der zwanzig größten Industrienationen des Planeten. Bereits im Vorhinein war bekannt gegeben worden, dass Russland durch seinen Außenminister Sergei Lawrow vertreten sein würde, der russische Präsident Wladimir Putin jedoch nicht erscheinen werde.

Ein Thema des Gipfels war eine mögliche Friedensverhandlung zwischen Russland und der Ukraine. Lawrow jedoch erklärte, dass die gestellten Vorbedingungen der Ukraine unrealistisch seien, und die ukrainischen Vertreter kein Interesse an Verhandlungen hätten.

In der 52 Punkte umfassenden Abschlusserklärung des Gipfels heißt es: »Die meisten Mitglieder verurteilten den Krieg in der Ukraine auf das Schärfste und betonen, dass er immenses menschliches Leid verursacht und bestehende Verwundbarkeiten der Weltwirtschaft verstärkt – er hemmt Wachstum, erhöht die Inflation, unterbricht Lieferketten, verschärft Energie- und Ernährungsunsicherheit und erhöht die Risiken für die finanzielle Stabilität.« Daneben steht auf russische Initiative hin: »Es gab andere Sichtweisen und unterschiedliche Bewertungen der Situation und von Sanktionen.«.

Neben dem Ukrainekrieg gibt es jedoch Punkte, die noch von größerer Tragweite für die internationale Bevölkerung werden dürften. So einigten sich die G20 auf digitale Gesundheitspässe, welche die Länder zur Voraussetzung der Reisefreiheit etablieren wollen (siehe auch S.3). Damit sollen digitale Impfnachweise dauerhaft eingeführt werden, von denen die individuelle Freizügigkeit abhängen soll. Öffentlich war besonders der indonesische Gesundheitsminister Budi Gunadi Sadikins für diese Zertifikate eingetreten. Wörtlich erklärte er: »Lassen Sie uns ein digitales Gesundheitszertifikat haben, anerkannt von der WHO: Wenn Sie korrekt geimpft oder getestet worden sind, dann können Sie reisen. (...) Wir werden das bei der nächsten WHO-Versammlung in Genf als Reform der Internationalen Gesundheitsvorschriften vorschlagen.« Diese Versammlung soll laut Angaben der Weltgesundheitsorganisation vom 21. bis zum 30. Mai 2023 stattfinden.

WELTWEIT REISEN? ABER NUR GEIMPFT!

In der Abschlusserklärung heißt es außerdem, dass sichere weltweite Mobilität und Vernetzung sowie »nahtloses Reisen« nach der Covid-19-Pandemie angesichts möglicher zukünftiger Pandemien gewährleistet werden sollen. Der Begriff des »nahtlosen Reisens« war zuvor nur aus dem Umfeld des »Known Traveller«-Programms des Davoser Weltwirtschaftsforums bekannt, das die lückenlose Datenerfassung Reisender zum Ziel hat. »Die erfolgreichen bestehenden Standards und digitalen COVID-19-Impfzertifikate«, heißt es in der Erklärung, »sollen gewinnbringend und als Grundlage genutzt werden.«



Der Präsident von Indonesien Joko Widodo (l.), US-Präsident Joseph Biden (vorne Mitte) und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (r.) beim G20-Gipfel auf der Insel Bali. Zu diesem Bild machte Biden auf Twitter den Anspruch der Machthaber klar: »Ich bin davon überzeugt, dass die Länder der G20 aus den zahlreichen globalen Krisen, die wir durch sind - die Pandemie eingeschlossen -, gestärkt hervorgehen werden. Jedes Mal, wenn wir etwas in Angriff nehmen, werden wir besser.« (Foto: Commons)

MACHTHABER WELTWEIT GEGEN »FAKE-NEWS«

Auch die Digitalisierung soll ausgebaut werden und eine Digitalwirtschaft ermöglichen, die als wichtig für eine »nachhaltige Entwicklung« angesehen wird. Dabei einigten sich die Staaten auch auf die Einführung digitaler Zentralbankenwährungen. Die Transformation der Digitalinfrastruktur beinhaltet auch ausdrücklich die Bekämpfung von »Desinformation«. In der Vergangenheit war damit weitreichende Zensur legitimiert worden. Gleichzeitig schreiben sich die G20 auf die Fahne, »eine gedeihliche, alle Menschen einbeziehende, offene, gerechte und diskriminierungsfreie Digitalwirtschaft zu schaffen.« Kritiker sehen die G20 mit dieser Erklärung auf den Weg, digitale Überwachungsstaaterei im globalen Maßstab einzuführen.

Auch der Klimawandel spielt eine wichtige Rolle in der Erklärung. So einigten sich die Länder darauf, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Dazu soll der Ausbau sogenannter erneuerbarer Energien gefördert werden. Zudem soll die Nahrungsmittelproduktion »reformiert« werden. Schon bei dem diesjährigen Weltklimagipfel in Ägypten (COP27) spielte die Nahrungsmittelproduktion eine Rolle. Dabei lag der Fokus auf Insekten, Laborfleisch und anderen Techniken künstlicher Nahrung.

UND AUCH ER DARF NICHT FEHLEN

Auf dem G20-Treffen auf Bali war auch der Gründer und Chef des Weltwirtschaftsforums (WEF) anwesend, Klaus Schwab. Er hielt eine Rede, in der er unter anderem erklärte: »Was wir aber tatsächlich bewältigen müssen, ist eine tiefgreifende systemische Umstrukturierung unserer Welt, und das wird einige Zeit dauern. Und die Welt wird anders aussehen, wenn wir diesen Übergangsprozess durchlaufen haben.«

Die deutsche Bundesregierung war auf dem Gipfel anwesend und stimmte der Erklärung in allen Punkten zu. Auch die russische Regierung war an der Ausarbeitung der Erklärung beteiligt und setzte ihr Siegel darunter.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

IM INNEREN DES GROSSEN BRUDERS

Was wird die untergehende Weltmacht in den kommenden Jahren innenpolitisch beschäftigen. | Eine Einschätzung von Felix Feistel

Nachdem die Republikaner in der vergangenen Zwischenwahl das Repräsentantenhaus erobert haben, und Nancy Pelosi als dessen Sprecherin zurückgetreten ist, hat die Partei die Möglichkeit, Präsident Joseph Biden von der Demokratischen Partei in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit umfangreich zu blockieren.

Schon vor der Wahl hatten republikanische Abgeordnete die Unterstützung für die Ukraine infrage gestellt. Nun hat eine Gruppe republikanischer Abgeordneter eine Resolution in den Kongress eingebracht, die mehr Transparenz bezüglich der Unterstützung fordert. Kongressabgeordnete haben zudem erklärt, dass es im Inland dringlichere Probleme gäbe, um die man sich kümmern müsse.

KANN ES SEIN, DASS ÜBERALL VERBRECHER HERRSCHEN?

Für die Präsidentenfamilie schwerwiegender sind jedoch die Ankündigungen republikanischer Abgeordneter, Verbrechen des Biden-Clans selbst zu untersuchen. Noch bevor die Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus feststand, verkündeten James Comer, Vertreter von Kentucky und Jim Jordan, Vertreter von Ohio im Repräsentantenhaus am 17. November 2022, »eine Untersuchung von Joe Biden, seiner Lügen, des Betrugs, der Konspiration gegen die USA, des Menschenhandels, des Verstoßes gegen eine stattliche Reihe von Bundesgesetzen« zu eröffnen. Sie werfen ihm Verrat der USA durch dubiose Geschäfte mit China vor.

Diese Untersuchung würde aber nicht nur den Präsidenten selber, sondern auch seinen Sohn Hunter, seinen Bruder James sowie andere Familienmitglieder betreffen. So sollen diese unter anderem Audienzen beim US-Präsidenten verkauft haben. Hunter Biden werden eine Reihe von Vorwürfen gemacht, die sich von Korruption und Drogenhandel bis hin zu Menschenhandel erstrecken. Ans Tageslicht gekommen waren diese bereits vor der Präsidentschaftswahl im Jahr 2020, als ein Laptop von Hunter mit kompromittierendem Material aufgetaucht war. Dies wurde damals von den Medien totgeschwiegen.

Die Untersuchungen basieren vor allem auf sogenannten *Suspicious Activity Reports* (dt. Berichte über verdächtige Aktivitäten), welche Banken an das Finanzministerium übermitteln müssen, wenn der Verdacht besteht, dass eine Transaktion Bezüge zu illegalen Aktivitäten hat. Die Geschäfte der Familie Biden haben rund 150 solcher Berichte hervorgebracht.

Davor schon hatten die beiden Senatoren Chuck Grassley und Ron Johnson einen 90 Seiten starken Bericht über Machenschaften der Biden-Familie veröffentlicht, der ein weites Netzwerk von abgekarteten politischen Leistungen und Korruption aufzeigt. Dabei legen sie für die weitreichenden Anschuldigungen Belege mit Informationen aus dem Finanzministerium, dem FBI und anderen staatlichen Ermittlungsbehörden. Die untersuchten Aktivitäten reichen dabei schon in die Zeit zurück, als Joe Biden Vizepräsident unter Obama war.

Das Weiße Haus kommentierte die Ankündigung und die Vorwürfe der Abgeordneten James Comer und Jim Jordan, es handele sich hierbei nur um längst widerlegte »Verschwörungstheorien«.

MELDUNG

UNTERSTÜTZUNG FÜR ASSANGE

London/DW. Wenn er die Geheimdokumente nicht veröffentlicht hätte, hätte sie es selber getan. So fasste die berühmte Aufklärerin Chelsea Manning am 22. November 2022 ihre Unterstützung für den Journalisten Julian Assange gegenüber der *BBC* zusammen. Assange hatte unter anderem die Beweise für Kriegsverbrechen der USA bei der Irak-Invasion und im Zuge der Besetzung Afghanistans bekannt gemacht, ebenso die totalitären Überwachungsmethoden gegen das eigene Volk und andere Völker. Dafür wird er seit Jahren vom sogenannten Tiefen Staat der USA verleumdet, verfolgt, gefangengehalten und gefoltert. Manning ist nach ihrem Geschlechtswechsel (zuvor Bradley Manning) von US-Präsident Barack Obama 2017 begnadigt worden. Nicht so Assange. Unterstützer Assanges versuchen derzeit, Asyl für Assange in Südamerika zu organisieren, da Deutschland als Unterstützer gänzlich ausfällt. (ale/hes)

»WIR BEFINDEN UNS MITTEN IM DRITTEN WELTKRIEG!«

Tobias Levels

Im Interview mit DW (Ausgabe 83 vom 19. März 2022) fand Ex-Fußballprofi Tobias Levels klare Worte hinsichtlich der Corona-Plandemie: »Mir war vom ersten Tag an klar, dass alles ein Bluff ist.« Auch zur Spritze äußerte sich der 36-Jährige, der inzwischen als ganzheitlicher Gesundheitsberater tätig ist, unmissverständlich: »Ich werde mir dieses Gift niemals injizieren lassen.« Anlässlich der WM in Katar sprachen wir erneut mit ihm.

DW: Herr Levels, am vergangenen Sonntag begann die Fußball-WM. Sie feierten einst 2006 bei Borussia Mönchengladbach unter Trainer Jupp Heynckes Ihr Bundesligadebüt, absolvierten für die »Fohlen«, Fortuna Düsseldorf und den FC Ingolstadt bis 2017 insgesamt 128 Bundesliga- und 126 Zweitliga-Spiele, ehe Sie 2018 Ihre Karriere beendeten. Haben Sie früher davon geträumt, mal an einer WM teilzunehmen?

Tobias Levels: Na, klar, davon träumt wohl jeder Fußballer. Als 2006 die WM in Deutschland stattfand, machte ich meine ersten Schritte im Profifußball. Natürlich hatte ich große Ziele. In die Nationalmannschaft habe ich es leider nicht geschafft. Auf diesem hohen Niveau gibt es so viele begnadete Kicker, von denen nur wenigen der Sprung ins Auswahlteam gelingt. Dieser Traum blieb mir verwehrt, aber ich bin froh, dass ich mehrere Jahre Bundesliga spielen durfte.

DW: Es wird viel über das Gastgeberland diskutiert. Hauptkritikpunkt sind die Menschenrechtsverletzungen in dem arabischen Staat. Wie denken Sie über Katar?

T.L.: Ich war noch nie dort. Ein Großteil der Informationen kommt aus den *Mainstream*-Medien. Was wir denen glauben können, wissen wir: Gar nichts! Nehmen wir nur die von ihnen verbreiteten *Fake*-News über 6.500 tote Gastarbeiter (das WM-Organisationskomitee meldete jüngst eine Zahl von insgesamt nur drei tödlich verunglückten Menschen auf den Stadionbaustellen/Anm. d. Red.). Wie und warum sollen beim Bau von Stadien so viele Menschen ums Leben kommen? Sind die Leute etwa auf instabilen Holzgerüsten hochgekraxelt und oben dann runtergefallen? Katar gehört zu den reichsten Staaten der Welt. Die haben Möglichkeiten, von denen wir in Deutschland nur träumen können. Das passt doch vorne und hinten nicht zusammen. Ohnehin halte ich die Kritik an Katar für Doppelmoral.

DW: Inwiefern?

T.L.: Nur ein Beispiel: Wie viele Menschen freuen sich, wenn sie ein T-Shirt für 8,99 Euro kaufen? Dass dies wahrscheinlich von einem zwölfjährigen Kind in Bangladesch genäht wurde, das für 2 Cent pro Stunde arbeitet? Egal!

DW: Mit Gas aus Katar hätten die meisten auch kein Problem gehabt. Wirtschaftsminister Habeck fiel beim Emir von Katar sogar auf die Knie. Und woher das Kobalt kommt, das für die Batterieherstellung, zum Beispiel für *Smartphones*, benötigt wird, interessiert auch nur die wenigsten, oder?

T.L.: So ist es. Die Welt ist voll von dieser Doppelmoral. Aber warum reden wir über Katar? Weil die Medien uns die Themen diktieren und die meisten Menschen darauf anspringen. Viele finden es schön, wenn sie sich als Gutmenschen fühlen können. Und weil das jeder sehen soll, hisst man im Garten eine Ukraine-Flagge. Alles andere – etwa der Hintergrund des Krieges – wird ignorant unter den Tisch gekehrt.

DW: Sind Sie damit einverstanden, dass Katar Gastgeber der Fußball-WM ist?

T.L.: Ich finde es absurd. Was hat Katar mit Fußball zu tun? Nichts! Man muss sich das mal vorstellen: Ständig wird uns was vom Klimawandel erzählt. Bei uns sollen die Kleinsten in Kindergärten und Schulen frieren, während in Katar Stadien auf 20 Grad herunterklimatisiert werden. Aber die Weltmeisterschaften wurden noch nie demokratisch vergeben. Alle Turniere sind gekauft. Es fließt immer Geld von A nach B. Die FIFA ist weltweit eine der korruptesten Konstruktionen.

DW: Homosexualität ist in Katar per Gesetz verboten. Es drohen Haft oder gar die Todesstrafe. Wie denken Sie darüber?

T.L.: Mal grundsätzlich: Ich finde, die ein oder zwei Prozent der Menschen, die meinen, gleichgeschlechtliche Liebe ausleben oder ihr Geschlecht wechseln zu wollen, können das gerne tun. Es kann jeder so leben, wie er es für richtig hält. Ein großes Problem habe ich allerdings mit der Politisierung und der Propaganda. Die LGBTQ-Bewegung ist eine bösartige Ideologie, die versucht, uns zu verwirren, zu entwurzeln, uns von unserer Natur und den Werten der traditionellen Familie abzubringen. Die bestehende Gesellschaft soll zerstört werden.

DW: Mit welchem Ziel?

T.L.: Verwirrte und entwurzelte Menschen sind noch leichter manipulierbar. Wir werden im Grunde schon seit Jahrzehnten systematisch konditioniert und entfremdet. Wir sollen nicht wissen, wer wir sind und woher wir kommen. Man kann es auch beim Namen nennen: Wir haben es mit Satanismus zu tun. Dahinter steckt George Soros mit seiner Open Society Foundations, die die LGBTQ-Propaganda massiv finanziell unterstützt, sie sogar in Kindergärten und Schulen bringt.

DW: Die Ampel-Koalition plant, dass Jugendliche ab 14 Jahren künftig ohne Einverständnis der Eltern ihr Geschlecht wählen können. Was halten Sie davon?

T.L.: Das ist nur noch krank. Kinder sind leicht zu beeinflussen, die Folgen für sie schwerwiegend und nie mehr gutzumachen. Die medizinischen Cocktails, die sie für eine Geschlechtsumwandlung verabreicht bekommen und die Operationen, denen sie sich unterziehen müssen, sind gravierend. In Amerika laufen schon Transen halbnackt durch Grundschulen und tanzen vor Sechsjährigen. Diese Frühsexualisierung ist ein Verbrechen an unseren Kindern. Wie absurd muss es noch werden, um das böse Spiel durchschauen zu können? Es gibt inzwischen sogar Jugendliche, die denken, sie wären eine Katze, ein Fuchs oder ein Tiger (Otherkin-Phänomen/Anm. d. Red.). Unfassbar!

DW: Die deutsche Nationalmannschaft verzichtet in Katar auf eine Kapitänsbinde in den „LGBTQ"-Farben. Stattdessen wollte man mit einer mehrfarbigen „One-Love"-Binde auflaufen, was von Kritikern als Gratismut getadelt wurde. Aber selbst darauf wurde nun verzichtet. Wie sehen Sie die Debatte?

T.L.: Politische Botschaften und Symbole haben im Sport nichts verloren. Aber daran sieht man, wie weit es schon gekommen ist. Ich würde mich weigern an der Seite eines Mannschaftskollegen, der eine solche Binde trägt, den Platz zu betreten. Nur wenigen dürfte bewusst sein, was sie damit unterstützen. Sie glauben tatsächlich, sie setzen ein Zeichen gegen Diskriminierung. Dabei geht es einzig und allein um die Agenda der globalen Elite.

DW: Apropos Doppelmoral! Gibt es diese nicht auch beim Thema Nationalstolz? Wer diesen abseits einer Fußball-WM etwa mit einer Deutschland-Fahne auf einer Demo zum Ausdruck bringt, gilt schnell als Rechter. Bei einer WM dagegen darf man voller Inbrunst sogar die böse Hymne mitsingen. Empfinden Sie das ähnlich?

T.L.: Ja, wenn es um Sport geht, sind wir alle Deutsche. Aber wenn ich mein Unverständnis darüber zum Ausdruck bringe, dass Ukrainer nach Deutschland kommen, um hier Hartz IV zu beantragen, um dann gleich wieder zurück in ihre Heimat zu fahren, ist man sofort ein Nazi. Und zu sagen, dass man stolz darauf ist, Deutscher zu sein, ist aufgrund der so vielzitierten Geschichte wohl das Schlimmste, was man bei uns tun kann, während es in anderen Ländern absolut in Ordnung ist.

DW: Schauen Sie sich die WM an?

T.L.: Keine Sekunde. Es ist mir egal, ob Japan, Südkorea oder Kanada Weltmeister wird. Fußball interessiert mich nicht mehr. Es ist nur noch ein korruptes Business, in dem der Sport keine große Rolle mehr spielt. Die Vereine sind millionen- oder milliardenschwere Unternehmen. Klar, auch ich habe als Profi gutes Geld verdient. Aber irgendwann realisierte ich, dass die wenigs ten Entscheidungen in diesem verlogenen Geschäft rein sportlicher Natur sind. Darauf hatte ich keine Lust mehr, weshalb ich relativ früh mit 31 meine Karriere beendete. Und es wird zunehmend schlimmer: Inzwischen gelten sogar Kindertransfers als legitim. Das ist moderner Menschenhandel. Was die WM betrifft: Es gibt zurzeit wirklich wichtigere Themen auf dieser Welt.

DW: In der Fußball-Bundesliga gab es in den vergangenen Wochen Ereignisse abseits des Sports, die für viel Aufregung sorgten. Im August stand



Tobias Levels 2008 im Trikot von Borussia Mönchengladbach. Heute hat er Abstand zum Geschäft Fußball gewonnen: »Die Identifikation mit einem Konstrukt wie einem Verein ist vor allem eine Illusion.« Von der WM schaue er sich »keine Sekunde« an. Foto: Olaf Kozany/CC

der FSV Mainz in der Kritik, weil die Einlaufkinder Masken tragen mussten. Wie fanden Sie das?
T.L.: Als ich die Bilder sah, empfand ich eine unfassbare Wut auf die Verantwortlichen, Trainer, Spieler und Eltern. Mit Mainz-Coach Bo Svensson hatte ich einst bei Borussia Mönchengladbach zusammengespielt. Selbst wenn man diesen ganzen Corona-Schwachsinn geglaubt hat: Wie kann man die Kinder im August 2022 unter freiem Himmel noch mit einer Maske auflaufen lassen, während alle anderen Menschen im Stadion keine mehr aufhaben? Dafür fehlen mir die Worte. Ich hätte dabei niemals mitgemacht. Dann hätte man mich eben suspendiert. Na, und?

DW: Im Oktober trug ein Teil der Mannschaft des VfL Wolfsburg auf der Fahrt zu einem Auswärtsspiel im Zug keine Masken ...
T.L.: Das hat mich gefreut. Es war ein gutes Zeichen, das ich mir schon früher gewünscht hätte.

DW: Was seit Beginn der Impfkampagne auffällt, ist die die hohe Zahl an medizinischen Notfällen im Leistungs- und Breitensport. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendwo ein Athlet, Trainer oder Schiedsrichter kollabiert. So erlitt zum Beispiel der französische Top-Schiri Johan Hamel (42) Mitte November einen Schlaganfall und starb an den Folgen. Alles nur Zufall?
T.L.: Wahrscheinlich hat es mit dem Klima zu tun. Das wollen sie uns doch weismachen. Nein, im Ernst: Es ist offensichtlich, woran es liegt. Die Ärzte haben alles versucht, die Kurve der Impfschäden möglichst flach zu halten. Das Krankenhauspersonal hat sich das Verbrechen aus der Nähe angeguckt und geschwiegen. Sie alle sind Täter, mindestens Mittäter, denn sie wussten was passiert. Das gilt auch für die invasive Beatmung, die vielen Menschen das Leben kostete.

DW: Auch die innerhalb weniger Monate aufgetretenen vier Hodenkrebs-Fälle in der Fußball-Bundesliga lassen aufhorchen. Bei der Suche nach den Gründen dafür, wird von den Altmedien eine mögliche Ursache konsequent nicht einmal erwähnt ...
T.L.: Man muss sich doch nur anschauen, wie viele Fälle von Hodenkrebs es in der Bundesliga in den Jahrzehnten zuvor gegeben hat. Was hat sich seitdem verändert? Wer sich näher mit der mRNA-Technologie beschäftigt, stellt fest: Die vermeintlichen Impfstoffe sind eine Massenvernichtungswaffe. Man kann sie so kodieren, dass sie bei dem einen Menschen die Leber schädigen, bei einem anderen die Nieren, das Gehirn, das Herz, die Hoden...

DW: Es gab nur wenige Sportler, die sich kritisch zur Corona-Spritze geäußert haben, zum Beispiel die beiden Ex-Bundesligaspieler Wout Weghorst (FC Burnley) und Granit Xhaka (Arsenal-London), NBA-Star Kyrie Irving oder Tennis-Weltklassespieler Novak Djokovic. Woran liegt das?
T.L.: Sie alle wussten: Wer nicht mitzieht, bekommt ein großes Problem. Ich kenne einige Fußballer, die sich nicht haben »impfen« lassen. Die waren in ihren Klubs plötzlich außen vor, ihre Verträge wurden nicht mehr verlängert. Ich hätte dennoch erwartet, dass deutlich mehr Sportler Rückgrat haben und sich wie Irving oder Djokovic auch öffentlich positionieren. Dass es letztlich nur ein paar waren, ist erbärmlich. Aber viele kapieren auch heute noch nicht, dass die Pandemie nur ein *Fake* war.

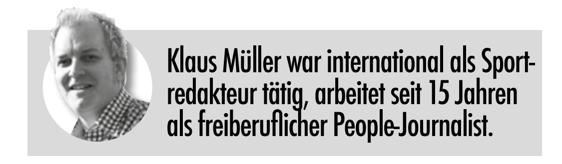
DW: Wie ist es Ihnen persönlich in den vergangenen Monaten ergangen?
T.L.: Meine Freundin und ich sind im August ausgewandert – nach Italien. Mein Haus auf dem Bökelberg habe ich verkauft. Wir leben nun in Umbrien zwischen Rom und Florenz in einem schönen Häuschen inmitten der Natur. Wir wollen uns hier verwurzeln, lernen eifrig die Sprache und planen, mittelfristig als Selbstversorger leben zu können. Der Umzug hängt aber nicht mit der derzeitigen Weltlage zusammen. Der Great Reset ist ein globales Problem, vor dem man nicht fliehen kann.

DW: Sie waren vor Monaten »zu 1.000 Prozent überzeugt«, dass alles ein gutes Ende nehmen wird. Sehen Sie das immer noch so?
T.L.: Absolut. Wir alle sind Zeitzeugen. Wir befinden uns bereits mitten im Dritten Weltkrieg. Es ist ein Krieg, der auf eine andere Art und Weise geführt wird. Es ist ein Kampf zwischen Gut und Böse, bei dem wir die Chance haben, das Pendel in die richtige Richtung anzustoßen. Wenn wir es nicht schaffen, haben wir ein riesiges Problem. Unsere Freiheit ist in Gefahr. Das, was wir jetzt erleben, ist nur die Konsequenz unserer Schläfrigkeit und Ignoranz in den letzten Jahrzehnten. Wir waren nicht bereit hinzuschauen und haben uns einlullen lassen von den Marionetten, die uns regieren. Wir müssen dieses Sklavensystem, in dem wir leben, verstehen, um dagegen angehen zu können.

DW: Was stimmt Sie zuversichtlich?
T.L.: Ich finde die Zeit nach wie vor sehr belastend und fordernd. Aber es sind gute Mächte am Werk, die auf unserer Seite stehen. Ein Beispiel dafür: Die USA haben Geld in die Ukraine geschickt, die dies nicht in Waffen, sondern in die Kryptobörse FTX gesteckt hat, um es zu waschen und wieder zurück in die USA zu schicken – als Wahlkampfspende für die Demokraten. Derartige Dinge kommen eigentlich nicht ans Tageslicht. Dass es doch passiert, zeigt mir, dass im Hintergrund etwas Positives im Gange ist. Hinzu kommt, was ich schon immer gesagt habe: Viele Menschen sind bequem und erst zu einer Veränderung bereit, wenn es ihnen an den Geldbeutel geht. Das ist nun der Fall. Viele sind aufgewacht und es werden immer mehr.

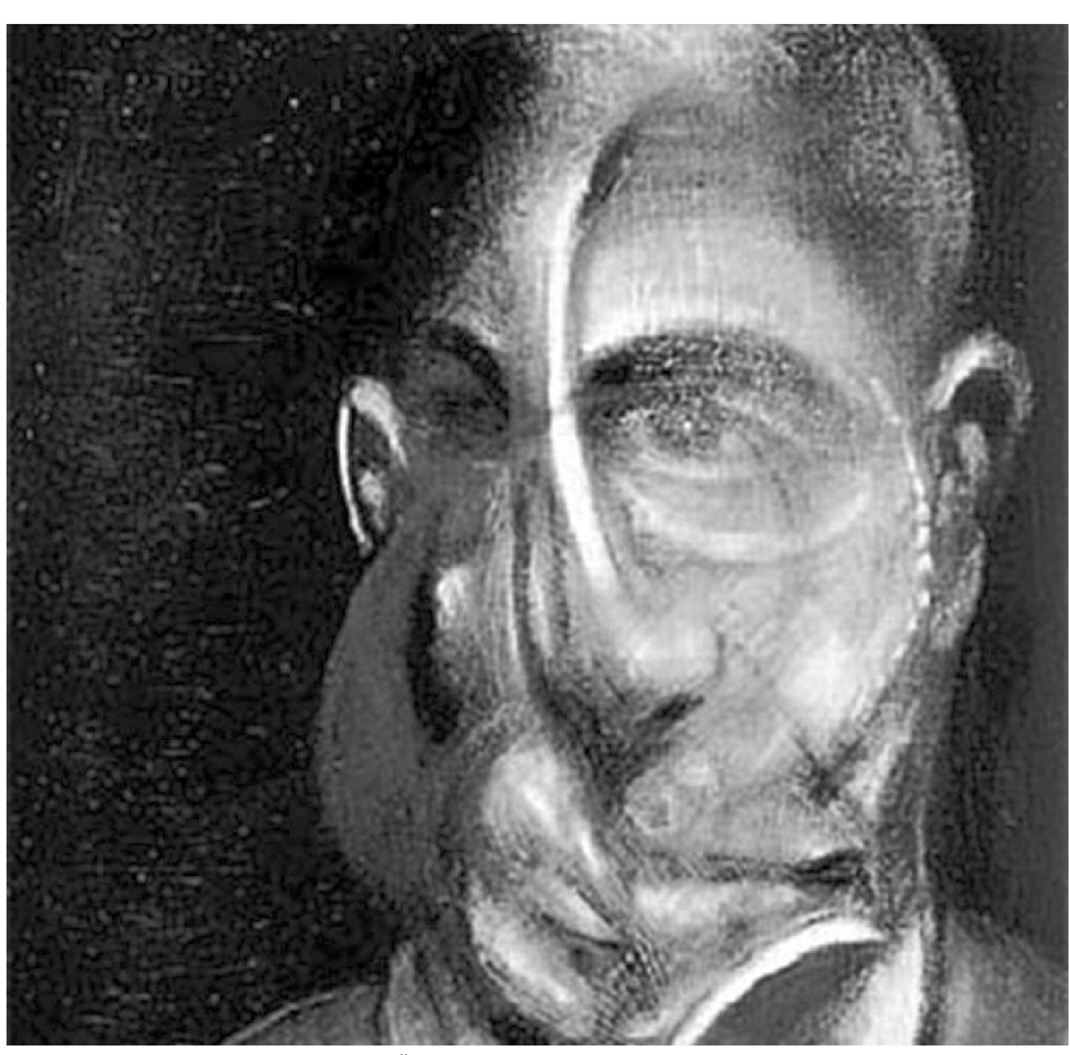
DW: Herr Levels, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte Klaus Müller.



Klaus Müller war international als Sportredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

DER UNAUFFÄLLIGE RÜCKZUG DER CORONA-PÄPSTE



»Porträt eines Freundes«, Malerei von Francis Bacon, Öl auf Leinwand, 1976. Foto: CC/KHM

In der Bundesrepublik besteht seit 2006 ein Verein namens Netzwerk »Leichte Sprache e. V..« Der Verein ist Herausgeber eines umfangreichen Regelwerks. Es soll das Verstehen von deutschen Texten erleichtern – auch das von Gesetzestexten.

Zu diesem Zweck sollen Veröffentlichungen in Leichter Sprache beispielsweise den Konjunktiv vermeiden. Präzise Mengenangaben sollen durch »viel« oder »wenig« ersetzt werden. An Stelle von Jahreszahlen (etwa »1871 wurde Bismarck zum Reichskanzler ernannt«) soll es heißen: »vor langer Zeit (... wurde Bismarck zum Reichskanzler ernannt)«. Der Genitiv wird durch ein »von« substituiert, zum Beispiel wird »die Koalition der Ampel« durch »die Koalition von der Ampel« ersetzt, oder »die Ministerin des Äußeren« durch »die Ministerin von dem Äußeren«.

LEICHTE SPRACHE PER GESETZ UND VERORDNUNG

Per Gesetz sind Behörden sowie staatliche Organe und politische Institutionen – also auch der Bundestag und der Bundesrat – verpflichtet, »Informationen vermehrt in Leichter Sprache bereit(zu)stellen. Die Bundesregierung wirkt darauf hin«, so ist im Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) zu lesen, »dass Träger öffentlicher Gewalt die Leichte Sprache stärker einsetzen und ihre Kompetenzen für das Verfassen von Texten in Leichter Sprache auf- und ausgebaut werden« (Paragraph 11 BGG).

Die praktische Umsetzung des § 11 BGG wurde mittlerweile in der Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (BITV 2.0) vom 12. September 2011 für den Digitalbereich geregelt. Die BITV 2.0 sieht in § 4 unter anderem vor, dass öffentliche Stellen bestimmte Inhalte auf den Startseiten ihrer Websites in Leichter Sprache zu veröffentlichen haben.

ENTWURF UND GESETZ EINES LEGISLATIVEN UNGETÜMS

So weit, so gut – wenn wir den Irrwitz der angeblich Leichten Sprache außer Acht lassen. Doch Papier und auch der Bildschirm sind geduldig. Denn unlängst, am 29. September 2022, verabschiedete der Deutsche Bundestag den alles andere als leichtsprachlichen »Entwurf eines Gesetzes zum Entwurf eines Beschlusses des Rates über die Feststellung des Verstoßes gegen restriktive Maßnahmen der Union als einen die Kriterien nach Artikel 83 Absatz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union erfüllenden Kriminalitätsbereich und zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes«. Von einer Erleichterung des Verständnisses dieses Gesetzentwurfs durch Leichte Sprache kann hier wahrlich keine Rede sein. Nach dem Bundestag stimmte auch der Bundesrat als Ländervertretung am 30. September 2022 dem schwerstsprachlichen Gesetzesbeschluss des Bundestages zu.

Seit der nachfolgenden Unterzeichnung des Gesetzes durch den Bundespräsidenten und seit dem Zeitpunkt der Verkündung im Bundesgesetzblatt am 20. Oktober 2022 gilt in der Bundesrepublik nunmehr dieses legislative Ungetüm: ein gesetzgeberischer Wolpertinger. Das Gesetzes-Ungeheuer beginnt jetzt mit den Worten »Gesetz zum Entwurf eines Beschlusses ...«, nicht mehr mit »Entwurf eines Gesetzes zum Entwurf eines Beschlusses ...«. Viel gewonnen ist damit allerdings nicht.

RATLOSIGKEIT UND SCHRITTE ZUR INTERPRETATION

Die erste Reaktion ist Unverständnis, Ratlosigkeit. Was genau regelt der Gesetzgeber durch diesen legislativen Wechselbalg? Oder was verbirgt er? Was soll uns vorenthalten werden? Rätsel über Rätsel.

Beim Versuch, sich einer möglichen Interpretation zu nähern, stellt der erwähnte Artikel 83 Absatz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union eine gewisse Verständnishürde dar, die überwindbar ist. Es handelt sich bei Artikel 83 Absatz 1 um »Mindestvorschriften zur Festlegung von Straftaten und Strafen in Bereichen besonders schwerer Kriminalität«. Diese Vorschriften verpflichten die EU-Mitgliedsstaaten, bestimmte Verhaltensweisen zu kriminalisieren und Mindesthöhen zu deren Bestrafung einzuführen.

Als Kriminalitätsbereiche gelten gemäß Absatz 1 des Artikels 83 »Terrorismus, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern, illegaler Drogenhandel, illegaler Waffenhandel, Geldwäsche, Korruption, Fälschung von Zahlungsmitteln, Computerkriminalität und organisierte Kriminalität«.

KRIMINALITÄTSBEREICHE UND INFEKTIONSSCHUTZ

Hier stellen sich Fragen: In welchem Verhältnis stehen diese Kriminalitätsbereiche zu dem im Gesetz erwähnten Infektionsschutzgesetz, dessen volle Bezeichnung »Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (IfSG)« lautet? Benennt das IfSG etwa Bereiche besonders schwerer Kriminalität? Das fragen wir uns und sind weiterhin ratlos.Durch Recherchen finden wir endlich heraus, dass die im »Gesetz zum Entwurf eines Beschlusses ...« genannte Änderung des Infektionsschutzgesetzes in keinem (!) inhaltlichen Zusammenhang steht zu den Bereichen besonders schwerer Kriminalität – obschon aus kritischer Sicht ein entsprechender Verdacht durchaus naheliegend wäre; sieheunter anderem die Folgeschäden der Spike-Spritzen, ihre übereilte Zulassung und eine fehlende Regelung der Haftung

Fortsetzung Seite 15



DIE 10 GEBOTE

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von S. U. I.

Wer Gottes Ordnungen zur Freiheit ignoriert, öffnet sich für Regeln der Unterwerfung

Hat die Menschheit Sehnsucht, im Gesetzesdschungel unserer Zeit simple Regeln zu erschaffen? Am besten zehn, die jeder an seinen zehn Fingern abzählen kann. Die zehn Gebote Gottes, die durch Mose am Sinai dem Volk Israel offenbart wurden, scheinen in unserer Gesellschaft leider kaum noch eine Rolle zu spielen. Wer kennt sie noch?

Nachdem die geheimnisumwobenen Georgia-Guidestones, die ebenfalls zehn Regeln beinhalteten, im Juli 2022 zerstört wurden, haben Aktivisten, Politiker und Religionsführer im Zuge der jüngsten Weltklimakonferenz im November 2022 – bezeichnenderweise auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel neue »Klima-Gebote« (Ten Principles for Climate Repentance) verkündet, wieder einmal sind es zehn.

Was für eine Nachäffung, wenn statt Gottes Ordnungen die Erde und das Klima zu Götzen erhoben werden, denen sich die Menschheit unterordnen soll. Dabei ist uns Menschen aufgetragen, uns die Erde in Verantwortung untertan zu machen (Mose 1, 28), nicht umgekehrt. Nicht wir müssen der Erde dienen, sondern die Erde soll uns dienen.

Ja, wir brauchen Umkehr (repentance), aber nicht zu neuen »Klima-Geboten«, sondern zu Gottes Geboten, die uns auch beispielsweise in unserem Konsumrausch und Begehrlichkeiten begrenzen. Dort heißt es: »Du sollst nicht begehren deines Nächsten ...«. Die Idee der Erdrettung um jeden Preis wird uns an den Götzen »Klima« versklaven beziehungsweise »Experten« unterjochen, die meinen zu wissen, wie Erdrettung funktioniert. Das Muster kennen wir ja schon!

Dabei hat der Kosmos – genauso wie jeder Mensch –längst schon ein »Verfallsdatum«: Wir sind nicht in Verantwortung, ewiges Leben zu schaffen, weder für uns Menschen, noch für die Erde. Sondern wir sind aufgerufen, in dem Rahmen, der uns gegeben ist, verantwortlicher Verwalter zu sein. Dazu hat uns der Gott der Freiheit Ordnungen gegeben. Hören wir auf ihn, der im ersten Gebot spricht: »Ich bin der Herr, dein Gott, der ich dich aus Ägyptenland, aus der Knechtschaft, geführt hat. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.«

Die Autorin veröffentlicht hier anonym, da die Nennung ihres Namens ihre berufliche Existenz gefährdet. Die Autorin ist der Redaktion bekannt.

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Ami, it's time to go.
Plädoyer für die Selbstbehauptung Europas

Oskar Lafontaine
Westend
978-3-86489-406-0



Materialermüdung.

Dietrich Brüggemann

Edition W
978-3-949671-03-6



Respekt geht anders.
Betrachtungen über unser zerstrittenes Land

Gabriele Krone-Schmalz
C. H. Beck
978-3-406-75486-9

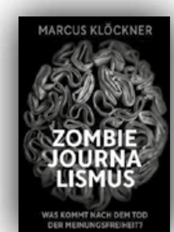


Das Corona-ABC.
Von Alarmismus bis Zensur
Sven Magnus Hanefeld
Vorwort: Beate Bahner
Sodenkamp & Lenz
978-3-9822745-6-0



Wiederentdeckung der Nutzpflanze Hanf.

Jack Herer und Mathias Bröckers
Nachtschatten Verlag
978-3-03788-181-1



Zombie-Journalismus.

Marcus Klöckner

Rubikon
978-3-96789-023-5



Das wiedergefundene Licht.
Die Lebensgeschichte eines Blinden im französischen Widerstand
Jacques Lusseyran
Klett-Cotta
978-3-608931150



Mit Nietzsche im Stadion.
Der Fußball der Gesellschaft

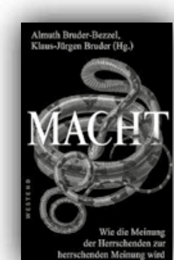
Martin Gessmann
Wilhelm Fink Verlag
978-3-770557615



Das Bevölkerungsgesetz.

Thomas Robert Malthus

Matthes & Seitz Verlag
978-3-7518-0323-6



Macht.
Wie die Meinung der Herrschenden Zur herrschenden Meinung wird
Almuth Bruder-Bezzel und Klaus-Jürgen Bruder (Hg.)
Westend
978-3-8648-9110-6



SPORT MIT BERTHOLD

MIT KEMPES UND MATTHÄUS

Die Eröffnungsfeier für die Fußballweltmeisterschaft in Katar am 20. November war spektakulär. Außer Lothar Matthäus habe ich keinen weiteren ehemaligen Deutschen Fußballer gesehen. Die Bühne beim Eröffnungsspiel stand zentral auf dem Platz. Am WM-Pokal kann man sich nie sattsehen.

Brasilien und Frankreich hatten die meisten ehemaligen Nationalspieler aufzubieten. Es ist einfach schön, die ehemaligen Kollegen wiederzusehen. Mario Kempes, Weltmeister 1978 und Torschützenkönig des Turniers für Argentinien, war der älteste Weltmeister, der mit Lothar und mir am Samstag die offizielle Eröffnung des Fanparks begleitet hat. Meine Frau, Britta Berthold, hatte ein schönes Erlebnis. Sie wurde auf der Bühne von einer Katari angesprochen. Die Frau hat sich vorgestellt und meiner Frau gesagt, dass sie Fußballfan sei und sich freue, dass meine Frau ihr Land besucht. Die Menschen sind stolz darauf, dass ihr Land die WM ausrichtet. Das zeigt die wahre *Power* des Fußballsports, der die Menschen verbindet und vereint, unabhängig von Herkunft, Religion und politischer Gesinnung.

Im Eröffnungsspiel unterlag die Gastgebermannschaft dem Team aus Ecuador dann fast chancenlos mit 0:2 (0:2). Die Enttäuschung hat sich im Stadion in Doha bemerkbar gemacht, das war nicht zu übersehen. Der Druck auf die katarische Mannschaft war zu groß. Sie haben wie gelähmt gespielt. Zuvor hatten sie 2019 die Asienmeisterschaft gewonnen, daran nahmen auch die starken Mannschaften aus Japan und Südkorea teil.

DAS DEUTSCHE SPIEL GEGEN JAPAN

Dann »unser Spiel« am Mittwoch, 23. November. Wir waren im Stadion, wie auch Nancy Fäser (SPD), die umstrittene Bundesinnenministerin, die zugleich auch als Sportministerin fungieren muss – und für viel Wirbel gesorgt hat. Ich möchte darauf gar nicht weiter eingehen, da es um den Fußball geht. Zum Spiel also. Deutschland war die aktivere und bessere Mannschaft in der ersten Halbzeit und ging dann auch verdient in Führung. In der zweiten Halbzeit haben die Japaner mehr investiert, daher war der Sieg gegen die deutsche Mannschaft nicht unverdient 2:1 (0:1). Ich habe nicht verstanden, warum auf unserer Seite Gündogan schon in der 67. Spielminute ausgewechselt wurde, er war der Dreh- und Angelpunkt im Mittelfeld.



DW-Sportchef Thomas Berthold mit Mittelfeldikone Lothar Matthäus (r.) und dem Pokal am 20. November 2022 in Doha bei der Eröffnungsfeier der Fußballweltmeisterschaft 2022. Foto: DW/Berthold

Die Frage muss sich Bundestrainer Hansi Flick stellen und die kann auch nur er beantworten. Es haben nach Ausgleich in der 75. und Rückstand in der 83. Minute leider auch die *Power* und das letzte Aufbäumen gefehlt.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Fortsetzung von Seite 14

durch die Pharma-Konzerne: ein Fall von Drogenhandel, Korruption und organisierter Kriminalität?!

Der Gesetzgeber hat mit einem einzigen Gesetz zwei sehr verschiedene Sachverhalte geregelt: zum einen die EU-»Mindestvorschriften zur Festlegung von Straftaten und Strafen in Bereichen besonders schwerer Kriminalität« und zum anderen gewisse Bestimmungen des deutschen Infektionsschutzgesetzes. Dieses gesetzestechnische Verfahren, gleichsam mit einer (Gesetzes-)Klappe zwei Fliegen, sprich: zwei völlig unterschiedliche Sachverhalte zu erledigen, wird im Englischen als *Rider* (Reiter) bezeichnet.

WAS GENAU WIRD VERHEIMLICHT UND WESHALB

Die *Rider*-Methode dient nicht der Transparenz des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens. Der Verdacht ist daher nicht von der Hand zu weisen, dass durch dieses gesetzestechnische Verfahren gegenüber der Öffentlichkeit etwas verheimlicht wird. Die Bedenken verstärken sich vielmehr. Aber was genau wird vertuscht? Und warum?

Die erfolgte Änderung des Infektionsschutzgesetzes bezieht sich auf den § 34 IfSG. Die Überschrift des Paragrafen lautet: »Gesundheitliche Anforderungen, Mitwirkungspflichten, Aufgaben des Gesundheitsamtes«. Hier werden die gesundheitlichen Anforderungen und Mitwirkungspflichten geregelt, die an das Personal »in Lehr-, Erziehungs-, Pflege-, Aufsichts- oder sonstigen Einrichtungen mit Kontakt zu den dort Betreuten« gestellt werden. Ferner umreißt das Gesetz den Umfang der Aufgaben der Gesundheitsämter beim Anordnen von Schutzmaßnahmen, die seitens der Beschäftigten, aber auch der Betreuten zu befolgen sind.

Beim Vergleich der Fassung des Infektionsschutzgesetzes in der Zeit vor der Änderung und danach zeigt es sich, dass bei den Krankheiten, bei denen sowohl für das Personal als auch für die Betreuten beziehungsweis Erkrankten bestimmte Anforderungen und Mitwirkungspflichten bindend vorgeschrieben sind, eine Krankheit weggefallen ist: nämlich diejenige, welche das herrschende Narrativ auf das Corona-Virus zurückgeführt hat.

THESEN ZUR BEANTWORTUNG DES WARUM

Die Gründe der Streichung sind wegen des undurchsichtigen Gesetzgebungsverfahrens nicht klar ersichtlich und erscheinen nach wie vor als schleierhaft. Folgende thesenartige Erklärungen, die sich gegenseitig nicht ausschließen, sind naheliegend:

Erstens: Corona löste keine Seuche oder seuchenähnliche Erkrankungen aus, wie es zum Beispiel der Fall ist bei Cholera, Lungentuberkulose, Pest oder Typhus (diese werden im IfSG namentlich erwähnt).

Zweitens dürfte den in der Corona-Panik-Politik Verantwortlichen – ich nenne sie Corona-Päpste – die vorgenommene Korrektur des IfSG peinlich sein, vor allem auch mit Blick auf den Corona-Klerus der Parlamentsabgeordneten, »Experten«, Gesundheitsbeamten und Polizisten, welche die Maßnahmen kritiklos mitgetragen und exekutiert haben.

Drittens kann die volle Transparenz der pandemischen Umkehr die bisher Corona-gläubige Bevölkerung hellhörig machen und Zweifel wecken, ob die mit dem Virus begründeten Maßnahmen der Regierung richtige Entscheidungen waren. Das Vertrauen in die Verantwortung der Politik steht auf dem Spiel.

Viertens: Der ungebrochene Widerstand eines zahlenmäßig nicht unerheblichen politisch engagierten Teils der Bevölkerung zeitigt Wirkung. Diese zuzugeben, sind die Herrschenden zwar nicht bereit. Aber die Querdenken-Bewegung ist erfolgreich, auch wenn das »offiziell« nicht zugestanden und davon abgelenkt wird, beispielsweise durch das unbegründete Festhalten im Knast (Michael Ballweg) oder den willkürlichen Entzug der Gemeinnützigkeit (Nachdenkseiten).

Fazit: Das offene Eingeständnis von Fehlern haben die politisch Verantwortlichen vermieden, indem sie im Fall Corona klammheimlich zurückgerudert sind und die getroffenen massiven Verstöße gegen demokratische Grundsätze nicht offenkundig gemacht haben. Im Fall des offenen Eingeständnisses der politischen Fehler wären auch die Journalisten der *Mainstream*-Medien und der Öffentlich-Rechtlichen Anstalten brüskiert, nachdem sie die Narrative der Regierungen und gewisser »Experten« kritiklos mitgetragen und willig verbreitet haben.

MACHTERHALT STATT OFFENHEIT UND TRANSPARENZ

Nicht zuletzt würde ein offenes Bekenntnis von so gravierenden und sträflich undemokratischen Fehlentscheidungen der Politik, wie sie im Rahmen der Corona-Maßnahmen in diktatorischer Manier vollzogen wurden, es erforderlich machen, all jene zu rehabilitieren, die zu Opfern der Corona-Propaganda geworden sind: die wenigen mutigen Kritiker aus dem Bereich der Virologie und den Naturwissenschaften, aus Medizin und Justiz, die oppositionellen Medien sowie die Demonstranten, Maßnahmengegner und Impfskeptiker, welche pauschal als Verschwörungstheoretiker, Covidioten, unsolidarisch und gemeinschaftsschädlich, als Rechte und Nazis verleumdet wurden. Auch weiterhin werden sie schlecht gemacht, um die herrschaftssichernde Spaltung der Gesellschaft aufrechtzuerhalten. (Der Vorwurf des Populismus und der Volksverhetzung wird in diesen Fällen nicht erhoben.)

Hier liegt eine Erklärung vor, warum der gesetzgeberische »Rückzug« aus der staatlich erzeugten und medial gepuschten Corona-Psychose und -Paralyse sehr unauffällig und äußerst verdeckt erfolgt. Ein offenes Bekenntnis, gar eines in Leichter Sprache, ist von einem politischen *Establishment* nicht zu erwarten, das an der Machterhaltung und -erweiterung interessiert ist, nicht an der Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung.

Der Zynismus, wenn nicht noch deutlicher die Dummheit der Macht, zeigt sich gegenwärtig auch bei der deutsch-transatlantischen Sanktionspolitik unter dem Oberbefehl der Nato und der USA.



Professor Rudolph Bauer ist Sozialwissenschaftler, Publizist und Bildender Künstler; von 1972 bis 2002 Professor für Sozialpädagogik an der Universität Bremen.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

„MUSS DEN FRIEDEN BEGINNEN, WIE DEN KRIEG.“
STEFAN ZWEIG

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*